

HOLZWURM

ZEITSCHRIFT FÜR RECKLINGHAUSEN UND UMGEBUNG



DURCHSUCHUNG

Autonomes Zentrum

Volkszählung 87 * SPD-Unterbezirksparteltag * Frauenzentrum



HAUSBESETZUNG

Bochumer Str. 38 geräumt

Liebe Freunde und Freundinnen,

nach über zehn Jahren 'Holzwurm', nutzten die Damen und Herren der Polizei einen Durchsuchungsbeschluß für die Räume der Volkszählungsboykott-Initiative, um auch unsere Räume zu durchforsten. Diese Möglichkeit nutzten sie, um kistenweise Material abzuschleppen, daß zwar nichts mit der Volkszählung zu tun hat, aber ihr Interesse weckte. Aber auch wenn bei dieser Durchsuchung alles juristisch einwandfrei gelaufen wäre - es kann mich nur noch zornig machen, mit welchen Mitteln dieser Staat seinen "Statistiknotstand" lösen will.

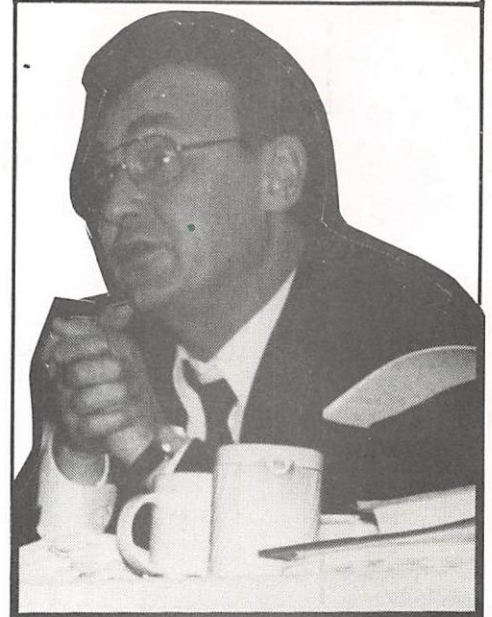
Diese Ausgabe entstand also unter erschwerten Bedingungen und unter zusätzlichen finanziellen Belastungen. Fast das gesamte Filmmaterial für die Reproarbeiten wurde bei der Durchsuchung belichtet und damit unbrauchbar. Neben diesen Kosten rechnen wir noch mit Anwalts- und Gerichtskosten, denn wir haben natürlich gegen den Durchsuchungs-Beschluß und den späteren Beschlagnahme-Beschluß für unsere Mai-Ausgabe Beschwerde eingelegt.

Auf einer Veranstaltung in der Altstadt Schmiede am Tag nach der Durchsuchung spendeten die Besucher rund 200 DM. Das war schon eine kleine Hilfe für die ersten Tage, aber reichen tut's noch lange nicht. Daher, Freunde und und Freundinnen, auch an dieser Stelle das Spendenkonto: Förderkreis Recklinghäuser Initiativen, Konto 100 60 40 000 (BLZ 426 101 12). Außerdem veranstalten wir am 26.6. eine starke Fete mit allem Drum und Dran (siehe letzte Seite). Auch die Volkszählungsboykott-Initiative bemüht sich, im Juni noch eine Fete auf die Beine zu stellen.

Unsere Serie zur Lokalgeschichte fällt in diesem Monat aus, weil der Autor zeitlich zu eingeschränkt war.

Es grüßt Euch herzlich

HEBBERT



Einen Posten weniger

Völlig überraschend wurde auf dem letzten Parteitag der SPD in Recklinghausen Horst Niggemeyer abgewählt. Wie ihm das passieren konnte auf den Seiten

19-21



Boykott der Volkszählung

Wer mit körperlicher Gewalt, Aggressionen und scharfgemachten Hunden die statistische Erfassung seiner Bürger durchsetzen will, der muß wirklich ein großes Interesse an der "Volkszählung" haben. Zur Durchsuchung des "Autonomen Zentrums" und dem aktuellen Stand des Boykotts Beiträge auf den Seiten

7-14

INHALT

■■ INHALT ■■

■ VoBo ■

Jupheidi, Jupheida - Hausdurchsuchung/Razzia 7
 Hebberts Kommentar 12
 VoBo-Initiative aktuell 13

■ Satire ■

Provinznachrichten 15

■ SPD ■

In den Kanal gefallen - Unterbezirksparteitag der SPD 19

■ 1. Mai ■

Kulturvolksfest am 1. Mai - Zwischen Kampftag und Sauforgie 22

■ Kunst ■

Kunsthalle Recklinghausen: Ausstellung "Arbeit und Rhythmus" 24

■ Frauen ■

Frauzentrum: Nicht nur in aller Munde 28
 Frauenportrait 31

■ Arbeitsplätze ■

Einwohnerversammlung: Düstere Aussichten für Arbeitsplätze in Recklinghausen 32
 Castrop wird Armenhaus des Kreises Recklinghausen 35

■ Hausbesetzung ■

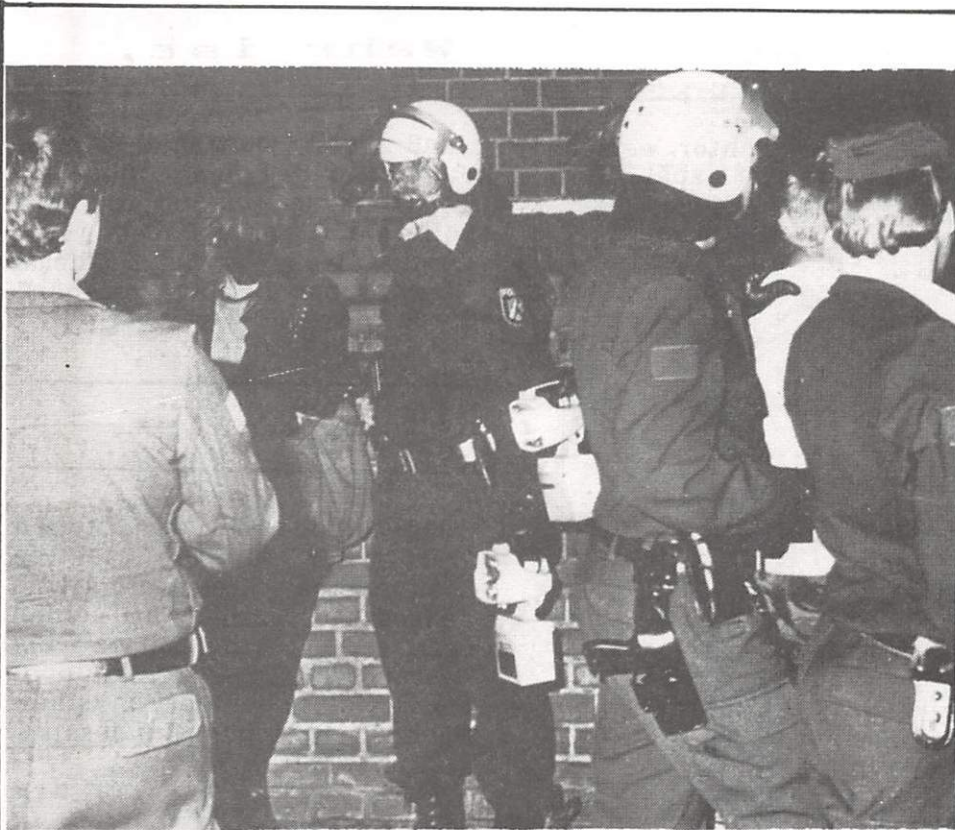
Hausbesetzung: Stadtverwaltung geht mit aller Macht auf die Punker zu 42

■ Bleiwüste ■

Erinnerung an die russische Literaturtheorie 47

■ Rubriken ■

Magazin 4
 Impressum 14
 Kleinanzeigen 18
 Buchkritik 26
 Leserbriefe 38
 Feste Adressen/Termine 50
 Termine 51



Hausbesetzung gewalttätig beendet

Am 3. Mai 1987 wurde das Haus, Bochumerstraße 38 von einer Gruppe Recklinghäuser Punks besetzt. Die vierte Hausbesetzung in Recklinghausen und ihre Beendigung nach vier Tagen bestätigten den aktuellen politischen Trend, im Umgang mit "Randgruppen". Lösungen sind nicht gefragt, knallharte Ausgrenzung ist angesagt. Mehr zur Hausbesetzung und wie es dazu kam ab Seite

42



TREFFPUNKT BUCH

Michael van Ahlen

Heilige-Geist-Straße 5

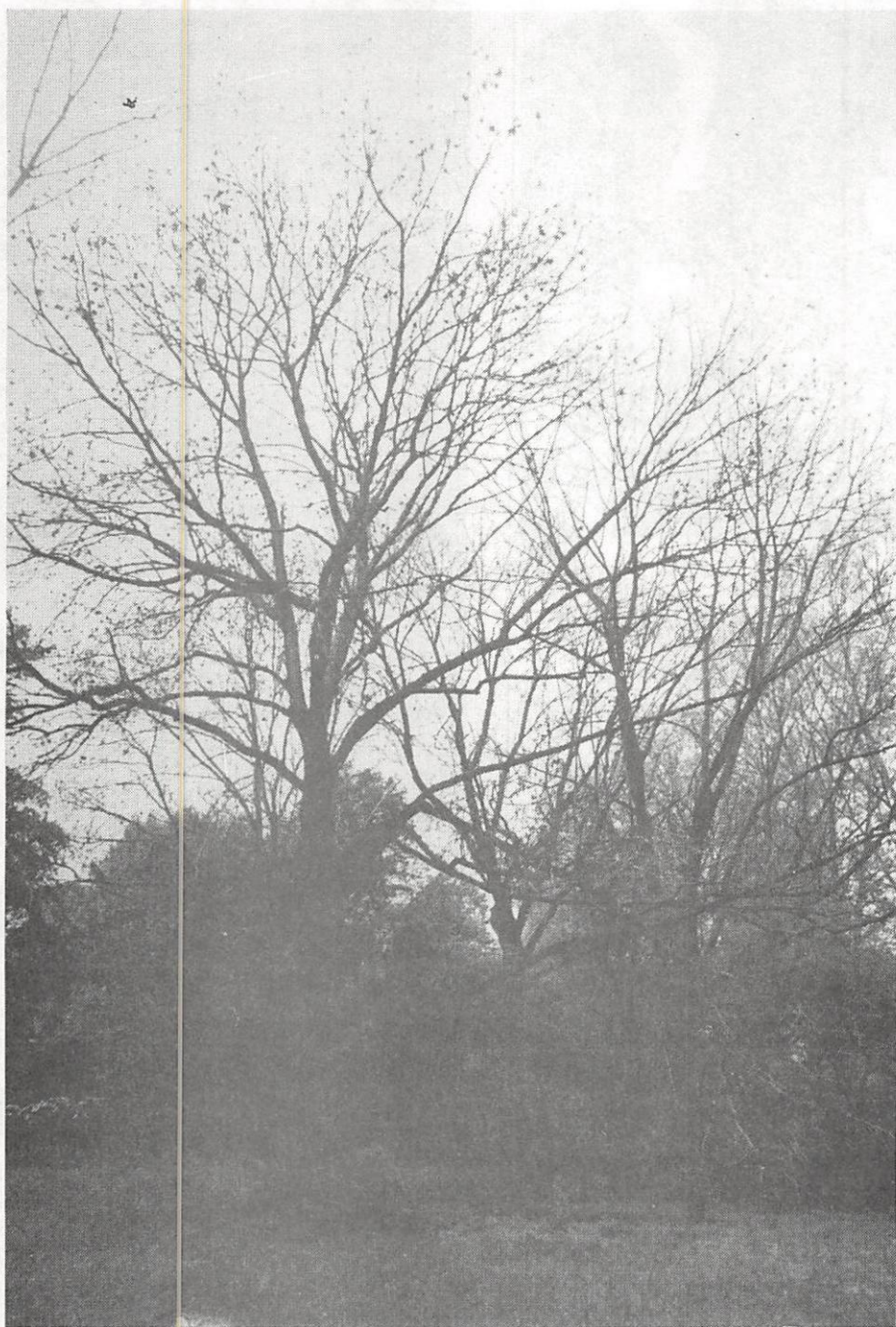
4350 Recklinghausen

Tel. (02361) 181137

MAGAZIN

Der Friedhof stirbt

Zahlreiche Bäume auf dem alten Friedhof am Lohtor weisen erhebliche Schäden auf. Während manche erst spät und recht mager mit dem Grün bestückt werden, sind andere Bäume schon teilweise abgestorben. ■ ■ ■



Wahr ist,

daß die Law-and-Order-Yuppies der Jungen Union am 27. Mai um 19.30 auf der Rollerbahn im Depot eine Veranstaltung zum Thema "Gewalt bei Demonstrationen" durchführen.

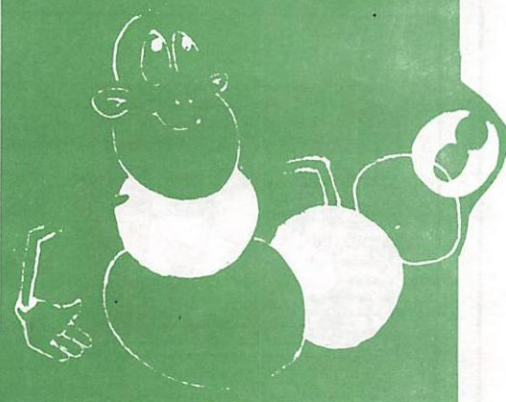
Unwahr ist,

daß es sich bei dem "tollen Preis", der für die richtige Lösung eines Kreuzworträtsels ausgesetzt wurde, um einen befristeten Arbeitsplatz als Testperson für Polizeiknüppel und CS-Gas bei der Physikalisch-Technischen-Bundesanstalt handelt. ■ ■ ■

Holzworm

Münsterstr. 2a
4350 Recklinghausen
te.: 02361/ 15698

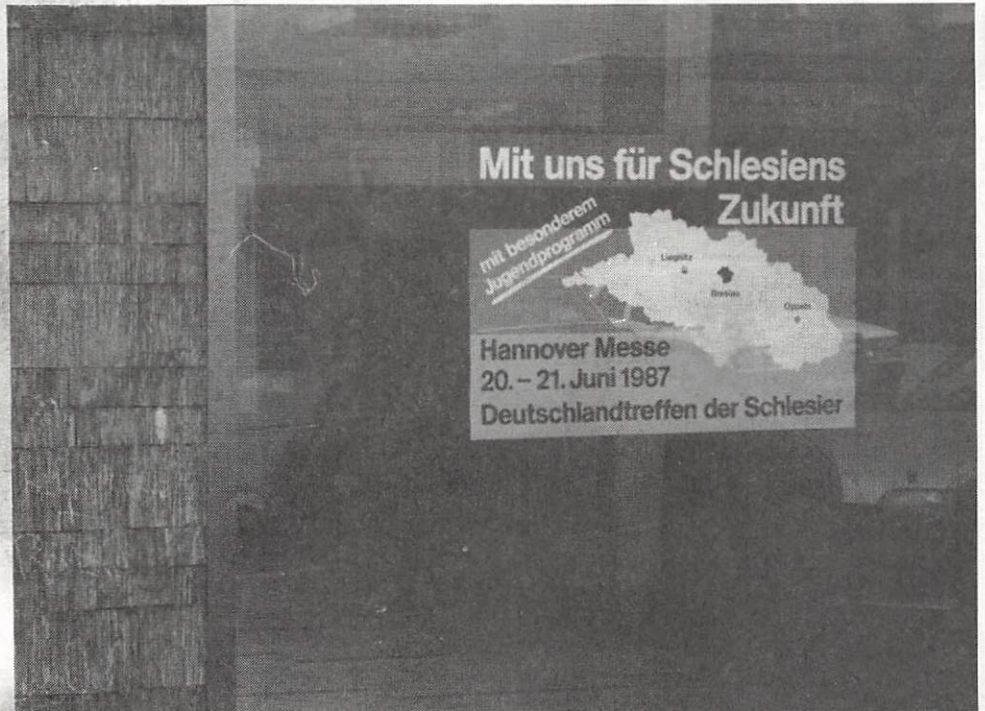
Bankverbindung
Bank für Gemeinwirtschaft
BIZ 426 101 12
Kto. 10 100 55 200



Schlesien- Deutsche lernen nichts dazu

"Mit uns für Schlesiens Zukunft" das diesjährige Motto des Schlesiertreffens. Es unterscheidet sich damit nur tendenziell von dem letztjährigen Motto, das ja gar in CDU-Kreisen auf Kritik gestoßen war. Ihre eigene Zukunft können die Initiatoren allerdings kaum meinen: die Schlesienverbände sind mittlerweile naturgemäß stark überaltert.

Daß in Recklinghausen mit einem besonderen Jugendprogramm (siehe Foto) geworben wird, mutet da aberwitzig an. Nach Meinung ehemaliger Insider gewinnt diese Bewerbung der Jugend ihre Inhalte aus einer starken nationalistischen Ideologie.



'Grünes Blatt' Recklinghausen erschienen

Ihre Öffentlichkeitsarbeit wollen die Recklinghäuser GRÜNEN in Zukunft stärken. Der erste Schritt in diese Richtung ist die Herausgabe einer eigenen Zeitung. Die Null-Nummer des 'Grünen Blatts', mit dem Namen "Klartext" erscheint im Mai in einer Auflage von 15.000 Exemplaren und wurde kostenlos an Haushalte verteilt. Die Zeitung soll drei- bis viermal jährlich erscheinen und die Defizite in der Berichterstattung der örtlichen Presse, was die Politik der GRÜNEN angeht, ausgleichen.

So widmet sich ein Mitglied der grünen Ratsfraktion auch in einem Artikel den Gepflogenheiten der Berichterstattung von "WAZ" und der "RZ". Weitere Themen sind die Volkszählung, Energiepolitik und das von der Schließung bedrohte BBZ (Bürger- und Beratungszentrum der Caritas) an der Bochumer Straße.



Verkaufsstellen des Holzwurms in Recklinghausen

Buchhandlungen:

Attatroll.....Ecke Herner Str./Paulustr.
Bahnhofsbuchhandlung.....Hauptbahnhof
Streubel.....Kunibertstr. 30
van Ahlen.....Heilig-Geist-Straße
Winkelmann.....Steinstr. 2

Kneipen:

Acht - Acht.....Königswall
Drübelken.....Münsterstr. 5
Flexi.....Schulstr. 85

Kioske:

C. Sonntag.....Oerweg 45
Venzke.....Dortmunder Str. 29
Z Z Z.....Breite Str.

Sonstige:

Altstadtschmiede.....Kellerstr. 10
Naturkostladen
Sonnenblume.....Springstr. 2
Naturkostladen Wurzel.....König-Ludwig-Str. 24
Cafe Stube.....Oerweg 4

Berufsverbot für Martina Beckmann



Vor dem Unterbezirksparteitag der SPD im Bürgerhaus Süd, veranstaltete der Initiativkreis zur Wiedereinstellung von Martina Beckmann, d.h. für die Rücknahme der politischen Kündigung durch die Caritas, eine Demonstration mit anschließender Kundgebung. In Flugblättern wurden die Delegierten des Unterbezirksparteitages zu Solidarität aufgefordert, indem sie sich eindeutig gegen Berufsverbote aussprechen. Außerdem wurde noch einmal aufgezeigt, daß der Anruf des alten Unterbezirks-Vorsitzenden Niggemeier beim Geschäftsführer der Caritas zur Kündigung von Martina Beckmann führte.

Dieses Vorgehen war sicher ein Mosaikstein, der mit zum Sturz Niggemeiers führte, da es bei vielen Delegierten übel aufstieß.

■ ■ ■ Bürgerantrag: »Keine Zwangsverpflichtung von Sozialhilfeempfängern.«

In einem Bürgerantrag an den Rat der Stadt fordern das Arbeitslosenzentrum Süd und Allgemeine Vereinigung Arbeitssuchender (AVA) die sofortige Einstellung der "gemeinnützigen und zusätzlichen Arbeit" für Sozialhilfeempfänger in Recklinghausen.

Zur Zeit sind etwa 120 Personen zwangsverpflichtet. Sie pflegen Parkanlagen und fegen Laub zusammen. Entlohnt werden sie mit DM 1,50 pro Stunde zusätzlich zur Sozialhilfe. Dabei entstehen ihnen jedoch allerlei Nachteile gegenüber Beschäftigten der Stadt, die ähnliche Arbeit verrichten. So sind die So-

zialhilfeempfänger nicht kranken-, renten- und arbeitslosenversichert. Ebenso erhalten sie kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld wie andere Arbeitnehmer.

Was nun mit dem vorliegenden Bürgerantrag geschieht (1985 stellten die GRÜNEN und 1986 die AVA einen gleichlautenden Antrag) wird sich am 5. Juni zeigen. Dann berät der Sozialausschuß zum wiederholten Male über die Forderung nach der sofortigen Einstellung der Zwangsverpflichtung von Sozialhilfeempfängern.



Jupheidi

Jupheida



Hausdurchsuchung Razzia

Regendicke Wolken entlassen am Dienstag, den 12. Mai, ihr Wasser. Die gereinigte Stadt kann sich vor der Sonne sehen lassen. Aber der innere Schmutz klebt noch und die Reinigungskolonnen setzt sich in Bewegung. "Jetzt wird aufgeräumt!", so lächeln sich die politischen Kommissare des K 14 verhärtet an. Die Reinigungsgang schreitet ruhig voran, aber ohne Zögern nähern sie sich dem "Autonomen Zentrum" an der Münsterstraße.

Völlig aufgelöst stürmt der große, dunkelhaarige Typ in das 'Drübelken', direkt um die Ecke. "Da sind die Bullen, seid ihr dafür zuständig?" Die Leute, die gerade erst ihren Treff hierhin verlegt haben, schauen sich kurz an. Ein Stuhl fällt um, alle rennen nach draußen. Eine Wanne voll Bereitschaftspolizisten, drei Streifenwagen sind vor dem "Autonomen Zentrum" postiert. Der Mann vom Schlüsseldienst werkelt an der Eingangstür, grau eingehüllte Polizisten umringen ihn. Die Mitarbeiterinnen des Blumenladens 'Risse' haben längst mit dem Saubermachen aufgehört, und schauen verdattert zu.

Kein Auftakt für einen Krimi sondern pure Wirklichkeit, die sich an jenem Dienstag gegen 19.00 Uhr abspielte. Ein einmaliger Akt der Kriminalisierung in Recklinghausen wie in einem schlechten B-Film. Mit dem vier Tage alten Durchsuchungsbefehl in der Tasche wurde Recht und Ordnung aufgehoben, um Unrecht und Unordnung - sprich die Volkszählung - mit Hilfe des "staatlichen Gewaltmonopols" durchzusetzen.

Was vor dem 12. Mai schon alles passierte

Die Einschüchterung und Kriminalisierungsversuche liefen vor dem Stichtag nur sehr verdeckt ab. Erst das Zuckerbrot, und just zum Einsetzen der Zählertätigkeiten noch mal die Peitsche.

Nachdem die VOBO (Volkszählungsboykottinitiative) an alle Haushalte einen Boykottaufruf verteilt hatte, war die Zeit für den Staatsanwalt offensichtlich gekommen. Zwei Prospektverteiler wurden von der Polizei gestellt, nachdem

warum, und auf welchen rechtlichen Grundlagen beruhend, wußte keiner der Polizisten genau. Zum einen sprachen die beiden von einer Ordnungswidrigkeit, dann wieder von einer Straftat. Aber mitgenommen haben sie die Prospekte trotzdem.

Auf ganz anderer Ebene fand die Kündigung des Spendenkontos der VOBO durch die BfG statt. Zwei Zählkritiker richteten bei der Bank ein Konto ein. Nachdem sie vom Banker Rosenkranz darüber informiert wurden, daß sich ein Kennwort für ein Spendenkonto nicht einrichten ließe, da kein Verein oder ähnliches vorläge, entschlossen sich die beiden ein Privatkonto zum Zwecke des Spendensammelns einzurichten. Beide gaben ihre Berufe an, verfolgten nachdenklich den Anruf des Bankers Rosenkranz bei der Schufa. Er war "freier Journalist", sie war "Arbeiterin", und die Schufa gab grünes Licht.

Eineinhalb Wochen später liest Recklinghausen folgenden Text in der Recklinghäuser Zeitung:

HEUTE: SÜDFRÜCHTE ÄUSSERN SICH ZUR VOLKSZÄHLUNG :



stehen, ist die Bank für Gemeinwirtschaft geraten. Daß dieser Eindruck in der Öffentlichkeit überhaupt hat entstehen können, ist auf ein vermeintlich trickreiches Pärchen zurückzuführen, das zu Wochenbeginn mit einem Allerweltswunsch im Geldinstitut am Königswall vorstellig wurde. Als angeblich "freie Journalisten" baten die Zähl-Boykotteure um die Eröffnung eines privaten Kontos. Kein Problem. - Wenige Stunden später jedoch tauchten die Ermittlungsbehörden bei den verdutzten BfG-Mitarbeitern auf. Das angebliche Privatkonto war nämlich von einer Volkszählungs-Boykott-Initiative als "Spendenkonto Nr. ..." mit deutlichem Hinweis auf die Bank für Gemeinwirtschaft eingesetzt worden. ... Die Bank für Gemeinwirtschaft legt Wert auf die Feststellung, daß es bei der Eröffnung des Kontos keinerlei Hinweise auf den eigentlichen Verwendungszweck gegeben habe. ..."

Ein Gespräch mit dem Banker Rosenkranz ergab, daß die BfG unfähig ist, Bankgeheimnisse für sich zu behalten. In seiner Stammkneipe darauf angesprochen, warum die BfG ein Konto für die Vobo eingerichtet habe, plauderte er ein Lügenmärchen aus und vermischte es mit Fakten über die Kontoinhaber. "Zufälliger" Zeuge der Erzählung war Bernd Overwien, der Schreiber



einer der Anwohner des Verteilergebietes die Polizei informierte. Die beiden zeigten ihre Personalausweise. Die Beamten ließen es sich nicht nehmen, das verdächtige Material mitzunehmen. Aber

»Zähl-Gegner täuschen Bank. "Journalisten"-Pärchen ertrickst als Privatkunde ein Spendenkonto. - In den falschen Verdacht, den Gegnern der Volkszählung zuzumindern nicht im Wege zu

des RZ-Artikels.

Geradezu akrobatisch war dagegen die Aktion des Ordnungsamtes gegen ein Boykotttransparent am "Autonomen Zentrum". Nachdem sie keinen Ansprechpartner in den Räumlichkeiten vorfanden, wurde das Transparent am frühen Mittwochmorgen per Hebebühne entfernt. Die Mieter erfuhren erst telefonisch Näheres über die Aktion: der Besitzer des Transparents könne sich dasselbige nach der Volkszählung wieder abholen. ■ ■ ■



Die Herren des Sonnenunterganges



Die Hausdurchsuchung in unseren Räumen am Abend des 12. Mai ist in Recklinghausen ohne Beispiel. Von zehn Schutzpolizisten (weitere standen in Reserve), zwei davon mit scharfen Hunden, wurde der "Gebäudeschutz" durchgeführt. Die eigentliche Durchsuchung führten ca. zehn Herren und eine Dame in Zivil durch. Sie dürften vornehmlich dem Kommissariat 14, das für "politische Straftaten" zuständig ist, angehören. Gegen 18.40 Uhr wurde die Eingangstür erbrochen. Die Durchsuchung beruht rechtlich auf einem Beschluß des Amtsgerichts Recklinghausen, das auf Antrag der Staatsanwaltschaft Bochum handelte. Ob die Staatsanwaltschaft von sich aus oder aufgrund von Einflußnahme Dritter in Aktion trat, steht zur Zeit nicht fest. Als Grund für den Durchsuchungsbeschluß wird

angegeben, daß in einem Falblatt der Volkszählungsboykott-Initiative öffentlich zur Sachbeschädigung aufgerufen würde. Der Beschluß geht davon aus, daß die Heraus-trennung der Kenn-Nummer aus Volkszählungs-Bögen eine Sachbeschädigung darstelle.

An der Haustür war eine Notiz angebracht, daß Nutzer des Hauses in einer gegenüberliegenden Kneipe anzutreffen seien - die ausführenden Beamten nutzten diese Möglichkeit, die Mieter zu erreichen, nicht. Die Anwesenheit der Mieter scheint auch nicht gerade erwünscht gewesen zu sein, sonst wäre man schließlich nicht außerhalb üblicher Geschäftszeiten zur Tat geschritten.

Den mittlerweile anwesenden Personen wurden weitergehende Informationen und der Zutritt zu den Räumen ver-



"Gebäudeschutz" während der Durchsuchung

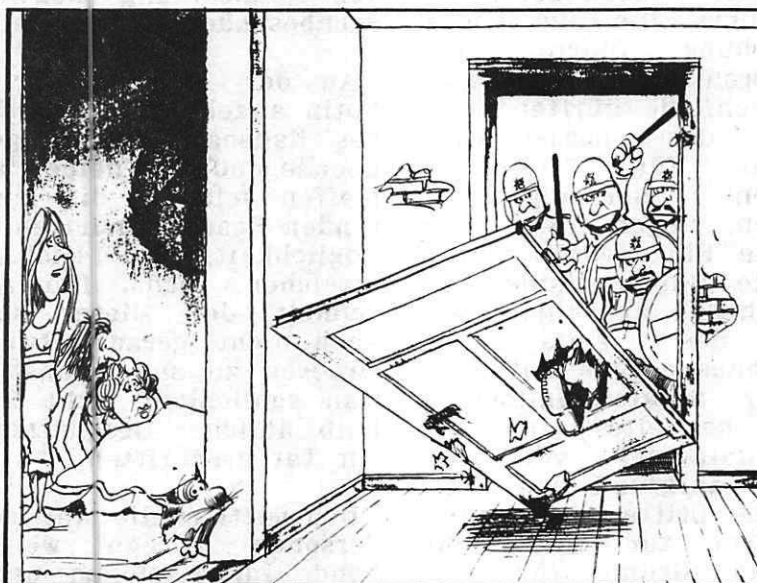
unseres Mandanten stellt nicht nur einen erheblichen Verfahrensverstoß dar, sondern ist - möglicherweise - auch für den Eintritt von (vermeidbaren!) Sachschäden ursächlich.* Diese Ausführungen des Rechtsanwaltes Eisel in der Beschwerde gegen den Durchsuchungsbeschuß machen auch allgemein deutlich wie schlecht der Bürger bei polizeilichen Durchsuchungen rechtlich gestellt ist. Auch wenn die Durchsuchung sich im Nachhinein gesamt oder teilweise als illegal herausstellt - die Tatsache der Durchsuchung läßt sich nicht rückgängig machen und ihre Folgeschäden auch nicht.

So mußten die Interessierten und Betroffenen weiterhin vor dem Haus der Dinge harren, die da kommen sollten. Es wurde natürlich versucht, einen Rechtsbeistand zu erreichen, doch konnte von den bekannten Anwälten keiner telefonisch erreicht werden. Erst zum Ende der Polizeiaktion (21.45 Uhr) erschien eine Anwältin aus einer Nachbarstadt. Eine frühere Anwesenheit eines Anwaltes/einer Anwältin hätte allerdings keine große Wirkung haben können, außer der einer psychologischen Unterstützung. Die Polizei bereitet ihren Abgang vor. Ein Mannschaftswagen wird vorgefahren, Anweisungen an die Schutzpolizisten erteilt, Kisten, Kartons und Tüten aus dem Haus geschleppt. Der allgemeine Protest, die entwendeten Dinge vorzuzeigen, hat keine Folgen, und die Gegenstände werden in die zwei Polizei- und zwei Zivilfahrzeuge gepackt. Bei dieser Aktion wird eine Frau von einem Schutzpolizisten mit der Faust vor den Kopf geschlagen. Weitere Informationen dazu und über damit zusammenhängenden Geschehen finden sich an anderer Stelle in diesem Heft.

wehrt. Als sich gegen 19.30 Uhr einer der Mieter per Personalausweis ausweisen konnte und verlangte, den Leiter der Aktion zu sprechen, konnte auch dies am weiteren Ablauf nichts ändern. Der Mieter verlangte die Herausgabe des Durchsuchungsbeschlusses unter Beisein eines Zeugen bzw. eines weiteren Mieters. Die Herausgabe des Beschlusses und der Zutritt der Räume unter Beisein eines Zeugen/weiteren Mieters wurde ohne Begründung verweigert.

»Die Verweigerung des Zutritts stellt einen krassen

Verstoß gegen § 106 StPO dar! Unser Mandant war auch berechtigt, den Zutritt von Herrn...zu verlangen, der - als Mit-Gesellschafter der Ziegelbrenner VerlagsGmbH - auch ein Anwesenheitsrecht hat (...). (Es zeigt sich immer wieder, daß rechtsstaatlich bedenkliche Verstöße gegen die Rechte des Bürgers insbesondere dann erfolgen, wenn der Polizei die Führung der Ermittlungen übertragen wird und die Durchsuchung statt der Teilnahme eines Richters oder Staatsanwaltes lediglich gemäß § 105 Abs. 2 StPO durchgeführt wird). Die Verhinderung der Anwesenheit



»ES HAT GEKLOFFT!«

Erst jetzt wurde dem Mieter der Durchsuchungs-Beschluß sowie ein Protokoll vorgelegt. Dies geschah mit den Worten: »Wir mußten Ihre Räume durchsuchen und dabei mußten leider einige Türschlösser zerstört werden.« Es

waren gleich neue Schlösser eingebaut worden, deren Schlüssel der Mieter nun auch erhielt.

Es fand nun eine erste Begehung der Räumlichkeiten statt, um ihren Zustand und um das Durchsuchungsprotokoll zu kontrollieren. Wie erwartet, waren alle Räumlichkeiten durchsucht, auch wenn der Beschluß nur auf die Räume der Volkszählungsboykott-Initiative lautete. Daß dabei Unterlagen mitgenommen wurden, die mit dem Durchsuchungsbeschluß nicht erfaßt wurden, mag da kaum noch

verwundern; es wurden sowohl Schriftstücke entwendet, die zwar mit der Volkszählung zu tun haben - aber nichts mit einem angeblichen Aufruf zur Sachbeschädigung, als auch Unterlagen, die mit beidem nichts zu tun haben. Zum Beispiel ein Protokollbuch der 'HOLZWURM'-Redaktion, Layout-Material, eine Telefonliste von Redaktionsmitarbeitern/innen, der Erhebungsbogen zur Arbeitsstatenzählung, der dem Verlag schon per Post zugegangen war, und weitere Unterlagen, die zum Teil noch nicht "identifiziert" werden konn-



Er war der Fleißigste beim beschlagnahmen: K14-Beamter G [redacted]

ten. Im Reproraum wurden Filmunterlagen dem Licht ausgesetzt und damit unbrauchbar gemacht (siehe Foto). Der Schaden beläuft sich auf über 600 DM, soweit dies bisher feststellbar war.

Bei der Durchsuchung "entdeckten" die grauen Herren auch die Restauflage des 'HOLZWURM', Ausgabe Mai 1987. Darin dokumentierten wir die Informationsschrift der Volkszählungsboykott-Initiative, derentwegen ermittelt wird. Die Beschlagnahme der Restauflage der Mai-Ausgabe stellt einen weiteren Rechtsbruch dar. Die Beschlagnahme hätte die Anwesenheit eines Richters erfordert, einzig ein Exemplar hätte zur Beweissicherung mitgenommen werden dürfen. Doch Justizia wußte Rat. Die 'HOLZWURMER' wurden als "Zufallsfunde" deklariert und zwei (!) Tage nach der Durchsuchung erging ein Beschlagnahmebeschluß für die Mai-Ausgabe. Damit begann auch ein Ermittlungsverfahren

Verzeichnis

Obj. Nr.	Art	Gegenstand (Zustand)	letzte Gewahrsamshaber
1	2	Zeitschrift Holzwurm	Schrank Spielzimm
1	1	Titelseitenmaterial	"
2	1	Wanne mit Fotomatriszen Farbe rot	Fotol.bor, auf dem Tisch
3	1	Pappkarton mit Foto-matriszen	unter dem Tisch, Fotol.bor
4	1	Plastikbeutel mit Foto-matriszen	neben dem Tisch
5	1	Holzwurm	Toilette, Tisch
6	5	Fotofolien	" "
7	80	Flugblätter	Zimmer rechts,
8	1	Plakat K VoBo,	Tür im Flur
9	120	Holzwurm, Mai 87	Tür im Flur, Toilette
			Redakt.raum, Tisch
10		Div. Schriftstücke,	Redaktionsraum,
11		" "	Schreibtisch
12		15 Holzwurm Mai 87	Regal, Redakt.raum
13		Div. Papiere	Archiv, DG, Nebenbau
14	150	Seiten Holzwurm	Redakt., Fach Büro
15		Antifaz Heft 6	dienst
16	1	Div. Arbeitsmaterial	Redakt. Grüner Tisch
17	3	1 Holzwurm, 1 Die Wage	Zeichenraum, Regal
		Kiste Flugblätter	über Schreibtisch
		VoBo	Druckerei, Tisch
18	9	Rollen Plakate VoBo	Druckerei, auf d.Boden

Bemerkungen: (z.B. Zufallsfund versteckt)

Redaktionsprotokoll: 18 P [redacted]

E [redacted] - P [redacted], KK

Beamte: [redacted] - KHK. Betroffener/Vertreter: [redacted] Zeugen: [redacted] und [redacted] Ordnungsamt Recklinghausen

Durchschrift als Mitteilung gem. § 107 StPO ausgehändigt ja nein

Sachfindungsabfrage nein ja, zu lfd. Nr.:

Verbleib der Gegenstände (vgl. lfd. Nr. des Verzeichnisses angeben)

- Belassen im Gewahrsam des
- Sichergestellt bei
- Übergeben an
- Asserviert bei

Asservaten-Nr.:

Ort, Datum

14. K.

Übergeben

Übernommen

Verzeichniss der beschlagnahmten Gegenstände

WURZEL**Naturkostladen**

Täglich frisches Brot
und Kuchen

außerdem

Gemüse, Milchprodukte
und vieles mehr

gibt's bei uns



D.Kerski - G.Riese

König-Ludwig-Str. 24

4350 RE-Süd

Tel.: 32531

Anzeige

gegen den verantwortlichen Redakteur der Ausgabe wegen öffentlicher Aufforderung zur Sachbeschädigung. Daß in der Einleitung zu dem Text von einer "Dokumentation" die Rede ist, wird in dem Beschluß natürlich nicht erwähnt.

Die Beschlagnahme kann jedoch abgewendet werden, wenn die Seiten 13 + 14 entfernt oder die Textstellen, die sich auf die Kennnummer beziehen geschwärzt werden. Die Staatsanwaltschaft hatte gar die Beschlagnahme der Seiten 8-12 und 15 beantragt. Die Beschlagnahme und Ermittlung trifft erneut eine kleine Zeitschrift und nicht 'Stern' oder 'Spiegel', die in ähnlicher Weise berichteten bzw. dokumentierten.

**Hebbert's Kommentar**

Wie moralisch arm muß ein Staat sein, der das "Zählen" seiner Bürger mit Gewalt und Terror durchsetzen muß? Und wie intellektuell arm müssen all die Politiker, Beamten und Bürger sein, die den Unsinn mit "den Daten für die Planung" glauben?

Die Volkszählung ist mittlerweile nicht mehr nur eine Auseinandersetzung um Datenschutz und Überwachungsstaat, sie ist mittlerweile ein Gradmesser politischer Kultur im Nachkriegsdeutschland geworden.

Und um diese Kultur scheint es nicht besonders gut bestellt zu sein. Wie anders ist es zu erklären, daß allerorten staatliche Stellen, Verbände, der Bundespräsident, Arbeitgeber, Gewerkschaften u.a. die Volkszählung begrüßen und sich öffentlich dafür einsetzen?

Sogar eine Vereinigung wie das Kolpingwerk in Recklinghausen sah sich in den letzten Tagen veranlaßt, die Erfassung der Bürger öffentlich in einer Erklärung zu unterstützen, "weil die ermittelten Daten wichtige Planungunterlagen für die Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens sind".

Offensichtlich reicht dieses Argument aus, um demokratische Kritik erst garnicht aufkommen zu lassen. Man muß nicht Statistiker oder Sozialforscher sein, um zu erkennen, wie armselig dieser Begründungszusammenhang ist. Als ob die Stadt Recklinghausen in zwei Jahren, wenn sie die ersten Ergebnisse der Volkszählung mitgeteilt bekommt, ihre Schulen, Straßen und Vorplätze besser planen könnte?!

Als ob man anschließend wüßte, wieviele Personen nun wirklich in Recklinghausen leben! Die Melderegister mögen



Die Herren des Sonnenunterganges beim Abtransport ihrer Beute

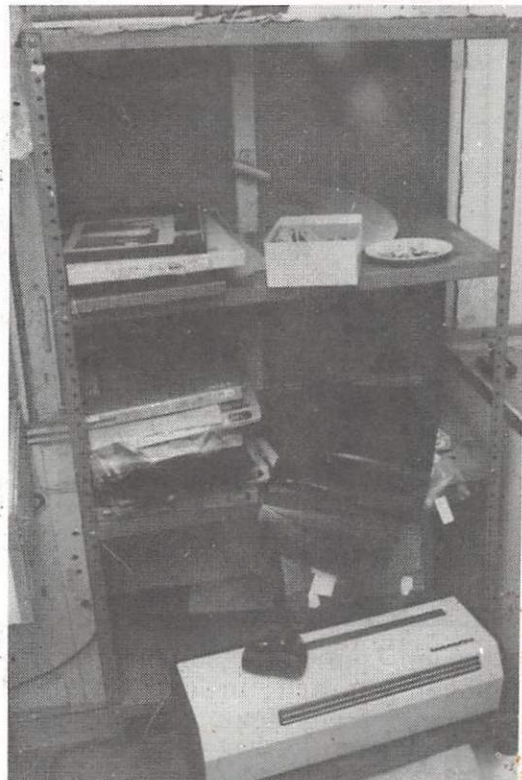
ungenau sein, die Volkszählung ist es auch! Viele, die nicht angemeldet sind, werden dies auch gegenüber dem Zähler nicht korrigieren. Und reicht es aus, wenn die Nachbarin sagt, die Bewohner seien vor Monaten schon

ausgezogen? Was ist mit alle den Personen, die in den Tagen der Zählung sich am Einwohnermeldeamt abmelden? Wie sicher und glaubwürdig sind die Angaben der Zähler, die kaum kontrolliert werden können? Und was hat sich alles wieder nach zwei Jahren geändert, wenn die Auswertungen vorliegen? Und dann noch all die Boykotteure, die offen oder versteckt politischen Mut beweisen?

Schon die Analyse der staatlichen Gründe für eine Volkszählung muß auch für einen Laien zu nachdenklichen Punkten führen. Und dafür 2 Milliarden DM ausgeben? So dumm kann auch der Staat nicht sein. Mit Polizeigewalt in Häuser einbrechen und aus Ordnungswidrigkeiten Straftaten konstruieren?

Die Volkszählung ist zum einen die Errichtung einer zentralen Personendatei, die es bislang nicht gibt! Sie ist zum anderen eine Machtprobe des Staates, wieviel er seinen Bürgern jetzt und in Zukunft zumuten kann.

Mit der Computerisierung der Gesellschaft, dem Ausbau des elektronischen Datenverkehrs und der Informatisierung des gesamten menschlichen Alltags ist die politische Entwicklung der nächsten Jahre abgesteckt. Und der Staat ist ein maßgeblicher Betreiber dieser Entwicklung und die Volkszählung ist für ihn nur die Generalprobe für den gläsernen Menschen der 90er Jahre. Und es gilt, die Aufführung platzen zu lassen. ■ ■ ■



Zerstörtes Filmmaterial
im Repro-Raum

VoBo-Initiative Aktuell

Im folgenden dokumentiert der HOLZWURM eine Pressemitteilung der Volkszählungsboykottinitiative Recklinghausen, die uns schriftlich zugegangen ist.

"Es ist soweit:

Die "Volkszählung" hat auch in Recklinghausen begonnen. Es zeigt sich, daß es Behörden und Zähler mit dem Datenschutz nicht zu genau nehmen. Wir wollen kurz einige bisher bekanntgewordene Verstöße gegen einschlägige Bestimmungen dokumentieren und anschließend Aktuelles aus der Volkszählungsboykott-Initiative berichten.

Gleich zu Beginn: Unsere Aufstellung der Verstöße erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir führen lediglich Fälle an, die uns bis zum 21. Mai mitgeteilt wurden. Ein Zeitpunkt, an dem viele Bürger ihre Bögen noch nicht erhalten haben.

stöße gegen den §10 des Volkszählungsgesetzes vor, in dem es heißt, daß die Zähler nicht in der unmittelbaren Nähe ihrer Wohnung (Nachbarschaft) eingesetzt werden dürfen. Exemplarische Beispiele:

In der Ostseestr. stellten Gezählte mit Erschrecken

fest, daß ihnen der Zähler persönlich bekannt war. Kein Wunder: Er wohnt auch in der Norderneustr.!

Das Gleiche passierte im Paßkamp (Suderwich). Hier zählt ein Abiturient, der auf der Taubenstraße wohnt und Bekannter der Gezählten ist.

Was sonst noch bei der Erhebungsstelle nicht als Nachbarschaft gilt: Hans-Böckler-Straße und Otto-Hue-Straße, Castroper Straße (hinter dem Arbeitsamt) und mittlere Dortmund Straße, Tiefer Pfad und Gerhard-Hauptmann-Straße (immer Wohnsitz der Gezählten und der Zähler/innen).

Auch in der Übermittlung der Bögen waren die Zähler bisher einigermaßen erfinderrisch:

In der Ludwig-Richter-Straße wurde nicht nach dem



baukollektiv
 „Maurerleute, Zimmerleute
 und ein Vagabund...“

- ★ Altbau sanierung
- ★ Neu-, An- und Umbauten
- ★ Baubiologie

betrieb in selbstverwaltung
ulmenstr. 17
4350 recklinghausen
tel.: 02361 - 36774

Namen gefragt, sondern der Bogen einfach in den Briefkasten gesteckt. In der Pflingstmann-Straße erhielt das Kindermädchen der Nachbarn Wohnungs- und Personenbögen. Demgegenüber kann man das Abgeben der Bögen beim Nachbarn als relativ gewöhnlich bezeichnen.

Bitte teilt uns ähnliche Verstöße gegen den Datenschutz umgehend mit. Tel. 15698.

In der Sammelstelle sind bis zum heutigen Tage (21.Mai) 204 Personenbögen eingegan-

gen. Da die Zählung gerade erst angelaufen ist, ist diese Zahl natürlich nur als erstes Zwischenergebnis zu werten. Selbstverständlich waren die Kennziffern aller Bögen entfernt und die Personenzahl auf einem Personenbogen vermerkt worden (echter Datenschutz: Reidentifizierung unmöglich).

Die Öffnungszeiten der Sammelstelle im AZ (Mo - Fr: 13.00 - 14.00 und 18.00 - 20.00 Uhr) wurden übrigens nicht nur genutzt, um die reanonymisierten Bögen abzugeben, viele nutzten die Gelegenheit, um sich zu informieren.

Widerstand braucht (auch)

Geld - um die weitere Arbeit der Volkszählungsboykott-Initiative zu finanzieren, rufen wir zu Spenden auf unser Konto 100.61.96.000 (Bankleitzahl 426.101.12) auf.

Eine gute Mitteilung zum Schluß: Am 13. Juni findet im Autonomen Zentrum, Münsterstr. 2a, eine Boykott-Solidaritätsfete statt, bei der sämtliche Boykotteure und Boykotteusen aus der Umgebung erwartet werden. Bis dann!

VOBO-Initiative RE

P.S.: Die Volkszählungsboykott-Initiative trifft sich weiter freitags 20.00 Uhr im AZ, Münsterstr. 2a."

Sammelstellen

<p style="text-align: center;">Autonomes Zentrum Münsterstr. 2a Tel.: 15698</p> <p style="text-align: center;">Mo. - Fr. 13-14 u. 18-20 Uhr</p>	<p style="text-align: center;">Grünes Büro Herner Str. 43 Tel.: 181241</p>
---	---

IMPRESSUM

Der Holzwurm ist eine unabhängige Lokalzeitschrift. Alle Einkünfte werden ausschließlich für die Zeitschrift verwendet. Alle Redaktionsmitglieder arbeiten ehrenamtlich/unentgeltlich und sind über die unten angegebene Anschrift zu erreichen. Unabhängig von Anzeigenkunden, politischen Parteien und sonstigen Interessensgruppen versteht sich der HOLZWURM als Teil einer demokratischen Gegenöffentlichkeit. U.a. sollen Themen aufgegriffen werden, die in anderen lokalen Medien nicht oder nur unzureichend behandelt werden und es sollen Zusammenhänge dargestellt und diskutiert werden. Entscheidungen treffen beim HOLZWURM ausschließlich und gleichberechtigt die Mitar-

beiter/innen. Der verantwortliche Redakteur wird ausschließlich angegeben, um dem Pressegesetz genüge zu tun.

Der HOLZWURM erscheint 11mal im Jahr jeweils zum Monatsanfang. +++ Druck und Herausgeber: "Ziegelbrenner" Verlagsgesellschaft m.b.H. +++ Einzelheft: 1,50 DM +++ 12-Hefte-Abonnement: 20 DM/ Förderabonnement 30 DM und mehr +++ Private Kleinanzeigen sind kostenlos/ Gewerbliche Anzeigen laut Anzeigenpreislise 1/86 +++

ISSN 0176 - 8174

Redaktionsanschrift: Münsterstr. 2a, 4350 Recklinghausen (Innenstadt), Telefon 02361/15698.
 Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Reckling-

hausen, Konto: 10 100 55 200 (BLZ 426 101 12)

Presserechtlich Verantwortlicher dieser Ausgabe: Ralf Kropla.
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor presserechtlich verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Nächster Redaktionsschluß:
 12.6.1987

Artikel, Beiträge, Leserbriefe, Hinweise, Zeichnungen u.v.m. werden von der Redaktion gerne angenommen. Mitarbeitern kann auch jeder. Vom Schreiben der Artikel, über das Tippen (Satz), der Gestaltung (Layout) bis hin zum Druck und dem Vertrieb wird im HOLZWURM alles von den Mitarbeitern selbst erledigt. +++

PROVINZNACHRICHTEN

Kannibalen auf Blumenthal

Carsten Otto Ortwig Pittorek betreibt als eingefleischter Recklinghäuser lokalgeschichtliche Studien. Besonders angetan hat ihn die Thematik um die Kariben, die sich in einer großen Wanderungswelle zu Beginn des 17. Jahrhunderts von Spanien aus über ganz Westeuropa ausbreiteten. Endlich ist es Pittorek gelungen, auch für den Kreis Recklinghausen Nachkommen der Kariben zu entdecken, die, ihrer Tradition treu, viel Material gesammelt haben, aus dem er für viele Jahre wird schöpfen können, um seiner großen Leidenschaft und Berufung, die Kariben im Vest darzustellen, Ausdruck zu geben. Über diese Thematik hat Lokalgeschichtler Pittorek eine erste Einführung geschrieben, die unter anderem auch das Glück der neuen Möglichkeit der Veröffentlichung gefunden, so daß wir uns glücklich schätzen den Erstabdruck einer ersten Abhandlung über die Kariben und den neuen Forschungsstand veröffentlichen dürfen.

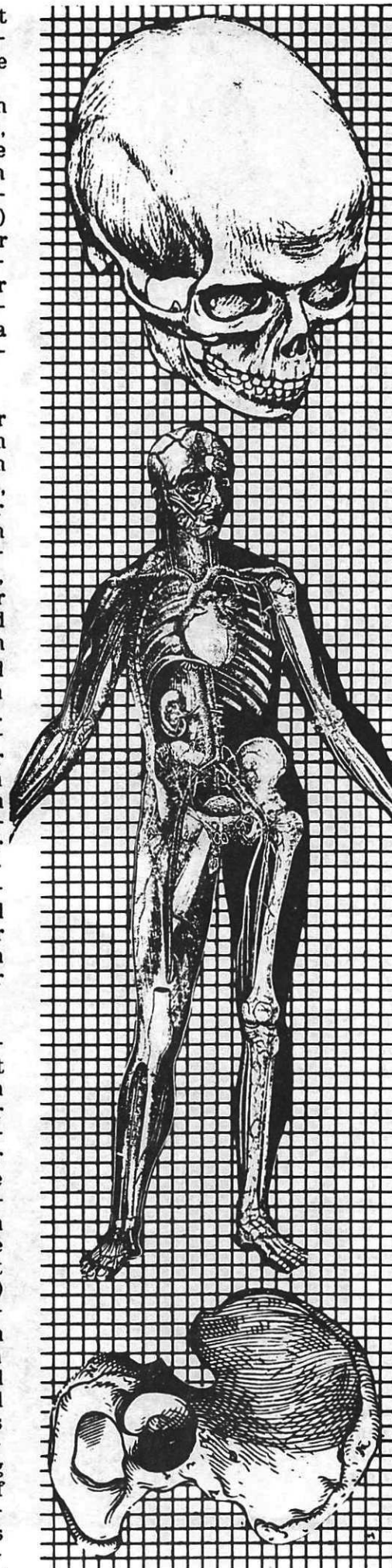


Heute kann jeder etwas mit dem Begriff Kannibale anfangen. Aber wie sieht die tatsächliche Historie aus.

Seinerzeit bereiste Christoph Columbus (das ist derjenige, der ein Ei zum ersten Male zum Stehen brachte - ein geflügeltes Wort lautet seitdem "das Ei des Kolumbus") viele ferne Ländereien. Er war ein tatkräftiger, neugierig-forscher Seemann, der seine Reisen von dem spanischen Königsehepaar Isabella und Ferdinand II bezahlt bekam.

Eines Tages hielt der Schiffskapitän mit seinem Schiff an einer Insel, um neues Wasser heranzuholen, damit noch fernere Länder besucht werden konnten. Doch plötzlich, als die Schiffsmannschaft die Insel betrat, stürmte ein unzivilisierter Haufen auf die Leute und fraß die Hälfte auf. Christoph Columbus hatte Glück und ließ nur das linke Ohr im Magen eines der "Wilden". Später erzählte ihm der Naturforscher Eugen Töfu, der ihn ständig auf seinen Reisen begleitete, daß es sich um den Stamm der Kariben handelte. Aber dies erzählte er in das ledierte Ohr des Columbus, welcher anstelle Kariben Kaniben verstand, und verwundert ausrief: "Was für Kannibalen". Und seitdem heißen alle Menschenfresser Kannibalen.

Aber noch von einer anderen tatsächlichen Begebenheit ist zu berichten. Unter dem Stamm verweilten ein junger Knabe und ein holdes Mädchen, welche unter heftiger Liebe litten. Da aber beide aus verschiedenen Familienclans stammten, die seit dem großen Feuer von Urguleere verfeindet waren (das ist aber eine andere Geschichte) bestand für den Initiationsritus in den nächsten Jahren keine Chance. Beide nutzten die Gunst der Stunde und entzogen sich dem Festmahl des Stammes und reisten als blinde Passagiere nach Spanien. Dieser Zusammenhang macht deutlich, warum auf der Rückfahrt fünf Mannschaftsmitglieder spurlos verschwanden, was die Ge-



schichtsforschung lange Zeit beschäftigte, und die Lösung des Rätsels hiermit durchaus gefunden sein dürfte.

Als die beiden "Wilden" in Spanien ankamen, assimilierten sie sich - oberflächlich - sehr rasch und gründeten damals nahe der Stadt Lissabon eine Familie und brachten sehr viele Kinder zur Welt. (Diese "Wilden" auf ihrer Insel besaßen eine ausgezeichnete Zuchttradition auf Grund ihrer Vorliebe für Menschenfleisch. So gebärt die Frau grundsätzlich nur Drillinge und die Schwangerschaftszeit ist um zwei Monate verkürzt).

Doch Europa war damals trotz ausgeprägter Feudalherrschaft ein ausgesprochen freies, weil dünn besiedeltes Land. Die Kinder büchsten regelmäßig aus und verbreiteten sich langsam von Süden nach Norden. Noch erinnert sogar der Name der italienischen Polizei (Carabinieri) an die große Karibenwelle zu Anfang des 17. Jahrhunderts.

Die Geisteshaltung der ehemaligen Eingeborenen entstammte - durch die kurze, aber heftige Kinderstube der Eltern bestimmt - immer noch der Gedankenwelt des fernen Karibenstammes. Und zu Anfang kam es nur zu gelegentlichen Vermischung der Eingeborenen mit Europäern. Nur langsam paßten sich diese Menschen der westlichen Welt an.

Die Wanderung der Kariben ist ein nur dürftig beackertes Feld der Geschichtsforschung. Umso düsterer sieht es auf dem Acker der Lokalgeschichte aus. Konzentrierte sich doch in den letzten Jahren die hiesige Forschung auf die Jahre zwischen 1933 und 1945. Aber es liegt ja in der Tat nur spärliches Material vor, um den Einfluß der Kariben im Vest zu verdeutlichen.

Nun begab es sich zum ersten Mai, daß ich Zeuge eines Gespräches wurde und endlich eine Spur fand, die dieser Materialnot ein Ende bereiten wird. Mit Freude will ich die Situation erzählen, der mei-

nem Forschungsdrang neue Nahrung gegeben hat.

Aufgefallen war mir diese Ordnertruppe schon seit Jahren. erinnerte ihre Physiognomie mich doch an den rekonstruierten Karibenschädel, den ich auf einer meiner vielfältigen Forschungsreisen im thailändischen Völkerkundemuseum vor acht Jahren bestaunen durfte. Ein anderes Merkmal war dieses geschlossene, aber letztlich doch ansatzweise unzivilisierte Ambiente der Gruppe, die mich eigentlich - in der Nachbetrachtung - schon immer stutzig machte.

Es war nun so, daß diese Ordnertruppe der Schachtanlage General Blumenthal eine (und ich gebe zu absolut einwandfreie, sowie notwendige) Räumungsaktion auf der Brücke des Ruhrfestspielhauses durchführte. Fasziniert hörte ich den guturalen Kehllauten zu, und fand in diesem Moment eine verblüffende Ähnlichkeit mit den Idiomen der Karibensprache. Ab jetzt erwachte meine ungeteilte Aufmerksamkeit. Und plötzlich gesellte sich ein bärtiger, kräftiger Mann zu der Gruppe und gab sich als Reporter zu erkennen und fragte: "Stimmt das Gerücht, daß die Ordner vorher eine Woche rohes Fleisch zu essen und frisches Blut zu trinken bekamen?" Einer der Gesellen entpuppte sich als Anführer und bleckte zurück: "Ja aber Sozialistenblut". Mir zuckten sämtliche Glieder, soll hier der Schlüssel liegen für mein an Material noch so spärlich belegtes Werk: "Die Kariben im Vest"? Ich trat auf die Person zu. Er stellte sich als Frank Gahl vor, der Bildungsobmann der IGBE Ortsgruppe IV ist und als freigestellter Betriebsrat sein Leben fristet.

Der Verlauf des Gesprächs verlief für mich günstig, er stellte sich als direkter Nachkömmling der Spanienkariben vor. In seinen Händen befindet sich mehr als umfangreiches Material. Und ich bin nun in der Lage, meine innere Berufung über die Karibeneinwanderung im Vest zu schreiben.



Zu guter Letzt möchte ich dem unbekanntem Reporter danken, der diese Frage stellte und unbewußt ein neues Forschungsfeld eröffnete von dem die Nachwelt noch lange sprechen wird. Zumal auch ganz neue Forschungsfelder eröffnet werden. So plane ich jetzt schon ein Buch, welches den großartigen Historiograph Leopold von Ranke gewidmet sein wird. Es wird den Titel tragen: Kannibalismus versus Sozialismus?, mit dem Untertitel versehen: Geschichtliche Studie über die Verquickung von Ratio und Mythos in den 80ern des 20. Jahrhunderts.

Carsten Otto Ortwig Pittorek

REDAKTIONELLE NACHBERATUNG

Da wir Carsten Otto Ortwig Pittorek seit seinem letzten Besuch bei Franz Gahl nicht mehr gesehen haben, fragen wir den Leser, ob er ihn letzte Woche irgendwo getroffen hat, da wir an die Fortsetzung seiner Studie im HOLZWURM interessiert sind.

■ ■ ■

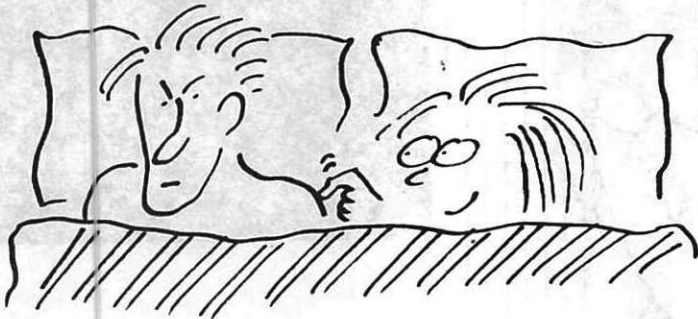
Wird Polizei- präsident demnächst eine Frau?

Am Donnerstag dem 21. im Mai ging ich in die Recklinghäuser Innenstadt, um einige Besorgungen zu machen. Wie immer betrachtete ich dabei auch flüchtig die Aushänge unserer lokalen Tageszeitungen. Während mir bei der Recklinghäuser Zeitung nicht ins Auge stach, erregte bei der WAZ eine Überschrift mein Interesse: "Wird Polizeipräsident demnächst eine Frau?" Leider hatte ich in dem Moment keine Zeit mir den Artikel durchzulesen und so versuchte ich nachmittags eine WAZ zu kaufen. Ich wurde bitter enttäuscht. Ganz Recklinghausen hatte wohl schon von der Sensation gehört. Überall sagte man mir: "Leider schon ausverkauft." Ich habe dann versucht für den HOLZWURM auszukundschaften wie es unserem Polizeipräsidenten jetzt geht, leider bekam ich keinen Interviewtermin. Deshalb bin ich weiterhin auf Spekulationen angewiesen. Also ich finde es unglaublich beeindruckend. Welche Energie muß dieser Mensch all die Jahre aufgeboren haben, um auf diesen verantwortungsvollen Posten seinen MANN zu stehen. Ungeheuer mutig ist es auch eine Geschlechtsumwandlung in diesem Alter noch zu wagen, und damit sogar an die Öffentlichkeit zu gehen. Er hat damit einigen Menschen Mut gemacht, zu ihren Problemen zu stehen. Hermann Viefhues verdient unsere Hochachtung!

Hebbert

■ ■ ■

Kleinanzeigen



■ ■ ■
 ■ Suche Kühlschrank (möglichst preiswert). Thomas Tel. 13475.

■ ■ ■
 ■ Mitfahrgelegenheit in die Bretagne um den 22. August gesucht. Ralf und Anette, Tel. 29827.

■ ■ ■
 ■ Wer hat Anrufbeantworter für das Frauennotruftelefon? Tel 15457 jeweils Mo und DO 19-22 Uhr

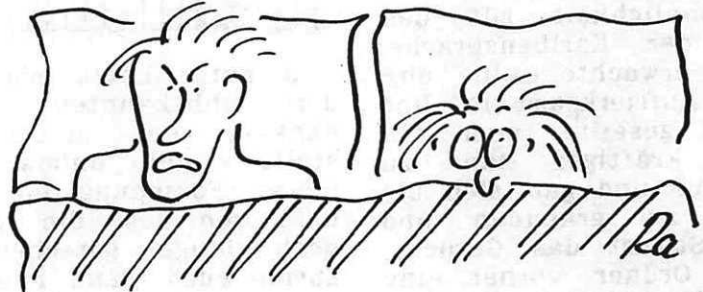
■ ■ ■
 ■ Fröhliche Wohngemeinschaft (Kinder und junge Erwachsene) sucht 2/4-Familienhaus (230 bis 350 qm) mit Garten in Recklinghausen. Telefon 02361-12627 (Heidrun) oder 29-815 (Claudia).

■ ■ ■
 ■ Liebe Geburtstagsgrüße an Antje und Petra von der Redaktion

■ ■ ■
 ■ Suche höhenverstellbaren, drehbaren Schreibtischstuhl mit Rollen. Georg, Telefon 02368/51660

■ ■ ■
 ■ Putzhilfe gesucht. Diethelm Thielemann, Telefon 02361/88988

Teil' deine Bedürfnisse bitte eindeutiger mit!



Bernhard bietet an:
 solide handgefertigte Körbe
 Ruf: RE 29840 oder 15698

Veröffentlicht bitte in der nächsten Nummer kostenlos folgende private Kleinanzeige:

Ausfüllen, aussägen, eintüten und ab geht's an:
 HOLZWURM, Münsterstr. 2 a, 4350 Recklinghausen

Und von wem ? _____

In den Kanal gefallen Unterbezirksparteitag der SPD



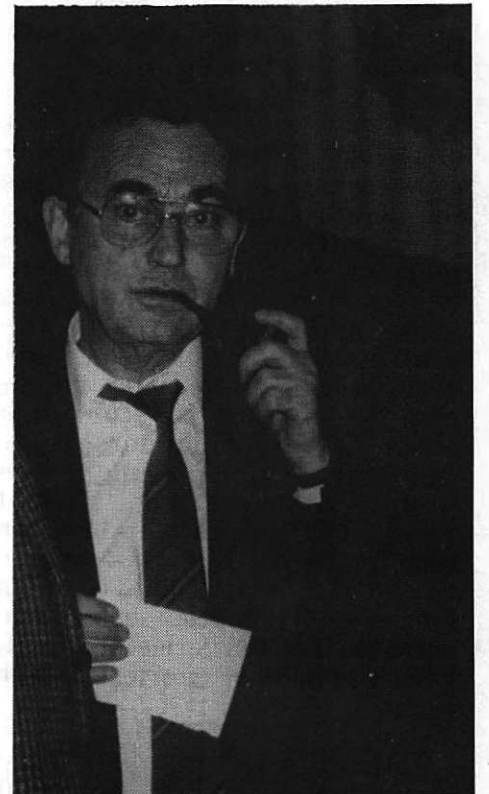
Sollte der alte Wahlspruch im Unterbezirk Recklinghausen "Filz ist dicker als Blut" nicht mehr stimmen? Entsetzen auf den Gesichtern des Oberkreisdirektors Pezely, Rudi Böhm bekam einen roten Kopf und ähnelte bedenklich einer Tomate. Unglaubliches Erstaunen auf dem Gesicht von Norbert Römer; August Bönnte ließ das Kinn runterfallen, Dieter Bendrath war froh, daß er keine kurzen Hosen trug, wie weiland beim Marsch der Bergleute auf Bonn. Aufgeregtes Geschnatter bei den Oer-Erkenschwicker Delegierten im Bürgerhaus Süd beim Unterbezirksparteitag der SPD.

Was war geschehen?

Nach 18 Jahren verlor Major Niggemeyer den Vorsitz im SPD-Unterbezirk Recklinghausen, dem zweitgrößten der BRD. Und daß, nachdem die IGBE-Seilschaften in der SPD alles so gut für ihren Horst gerichtet hatten. Im Vorfeld hatten sie im Unterbezirk eine Position nach der anderen erobert. Nach dem Rücktritt von Marmulla als AfA-Vorsitzender (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen i.d. SPD) im Unterbezirk wurde Niggemeyers Beelzebub bei der Pro-Atom-Zeitung "einheit", Norbert Römer, der Nachfolger. In Recklinghausen wurde der stellvertretende IGBE-Bezirksvorsitzende Heinz Lenßen, persönlicher Wahlkampfleiter während der Bundestagswahl für Heinz-Werner Meyer, AfA-Vorsitzender.

Vor dem Unterbezirksparteitag schien es so, als wenn SPD-Unterbezirk und IGBE-Bezirk eins wären. Hückelkamp und Marmulla schworen ihre Ortsvereine auf Horst McCarthy ein. Oer-Erkenschwicky war wie immer als erster Stadtverband für den Mann "schwärzer als Kohle". Zwei Tage vor dem Unterbezirksparteitag stellte sich der Stadtverband Dorsten, der bis dahin als unsicher galt, in Niggemeyers Hofblättern für McCarthy aus Datteln. Niggemeyer-Spezi Hartmut Ruge, stellvertretender Chef der Bauer-Presse, hatte schon monatelang die Werbetrommel gerührt. Kasperek schien völlig ohne Chance.

. Dann wurde der Unterbezirksparteitag eröffnet. Der Kanalarbeiter Niggemeyer lob-



Horst Mc Carthy-Ex Unterbezirksvorsitzender der SPD



...hast du mich
etwa auch nicht
gewählt Jochen?

te Meyer, Marmulla und andere SPD-Größen im Kreis Recklinghausen. Selbst für den Kämpfer für Frieden und Gerechtigkeit Pfarrer Schmelting fand der Major und Nato-Einpeitscher lobende Abschiedsworte, war doch dieser besagte Schmelting kurz vorher verstorben. Solche Friedensfreunde scheinen dem Dattelner am liebsten zu sein.

Nun hatte der Hausherr Welt das Wort. Eine kurze Zusammenfassung seiner Rede: "Die in Bonn versuchen, unsere roten Rathäuser über die Finanzzuweisung zu stürmen" (Anscheinend meinte er das Recklinghäuser Rathaus, worauf man aber nur nach langem Überlegen kommen konnte). Er trommelte für eine schärfere Auseinandersetzung mit den Grünen und eine weitere Abgrenzung. Damit nahm das weitere Abrücken von seinen früheren politischen Positionen seinen Fortgang, rückte er doch, seitdem er Bürgermeister ist, kontinuierlich weiter nach rechts.

Wolfram war erst gar nicht erschienen. Er ließ nur eine briefliche Absage von Budschun verlesen; er hat für

Still und die Ruhrkohle AG genug zu tun. Dann begann der Filzokrat Niggemeyer mit seinem Rechenschaftsbericht. In einer rhetorischen Meisterleistung verknüpfte er seinen Rechenschaftsbericht mit dem Beginn einer Offensive von rechts gegen die Bundes-SPD in Bonn und die Nürnberger Beschlüsse. "Hier im Unterbezirk ist die einstimmige Meinung: Wir haben mit den Grünen nichts am Hut." Besonders erfolgreich sei die Arbeit der Kreistagsfraktion, in linken SPD-Kreisen als "Kampfgruppe Niggemeyer" verschrien. Und immer wieder das Lob für alle "Genossen": "Unser Unterbezirk kann beispielhaft sein für die Gesamtpartei." (Welch schreckliche Vorstellung!) Seine Pro-Atomhaltung versteckte er hinter nebulösen Formulierungen wie "Das Beziehungsgeflecht der verschiedenen Energieträger ist zu kompliziert, um es hier ausführlich zu erläutern" und "Ohne Konsens geht die Kohle den Bach runter". Die Atomkonzerne konnten mit ihm zufrieden sein. Dann schilderte er die Folgen der Einstillegung für Castrop, wo es jetzt 19% Arbeitslose gibt. Er erwähnte nicht, daß gerade

die IGBE-Führung, und allen voran sein Azubi Römer, alle Kampfmaßnahmen der Erinkumpel zur Erhaltung ihrer Arbeitsplätze hintertrieben haben.

Im Kreis liegen alle Städte mit den Arbeitslosenzahlen weit über dem Durchschnitt, eine Folge der Stilllegungspolitik im Bergbau, an dem die IGBE-Führung kräftig mitwirkte. Nach dieser Rede war klar: Niggemeyer wird der neue und alte Unterbezirksvorsitzene heißen. Eilig brachten Helfer in Erwartung dieses Sieges die Rede, die schon gedruckt vorlag, unter die Delegierten und die Presse. Keiner konnte sich vorstellen, daß Niggemeyer jetzt noch verlieren konnte.

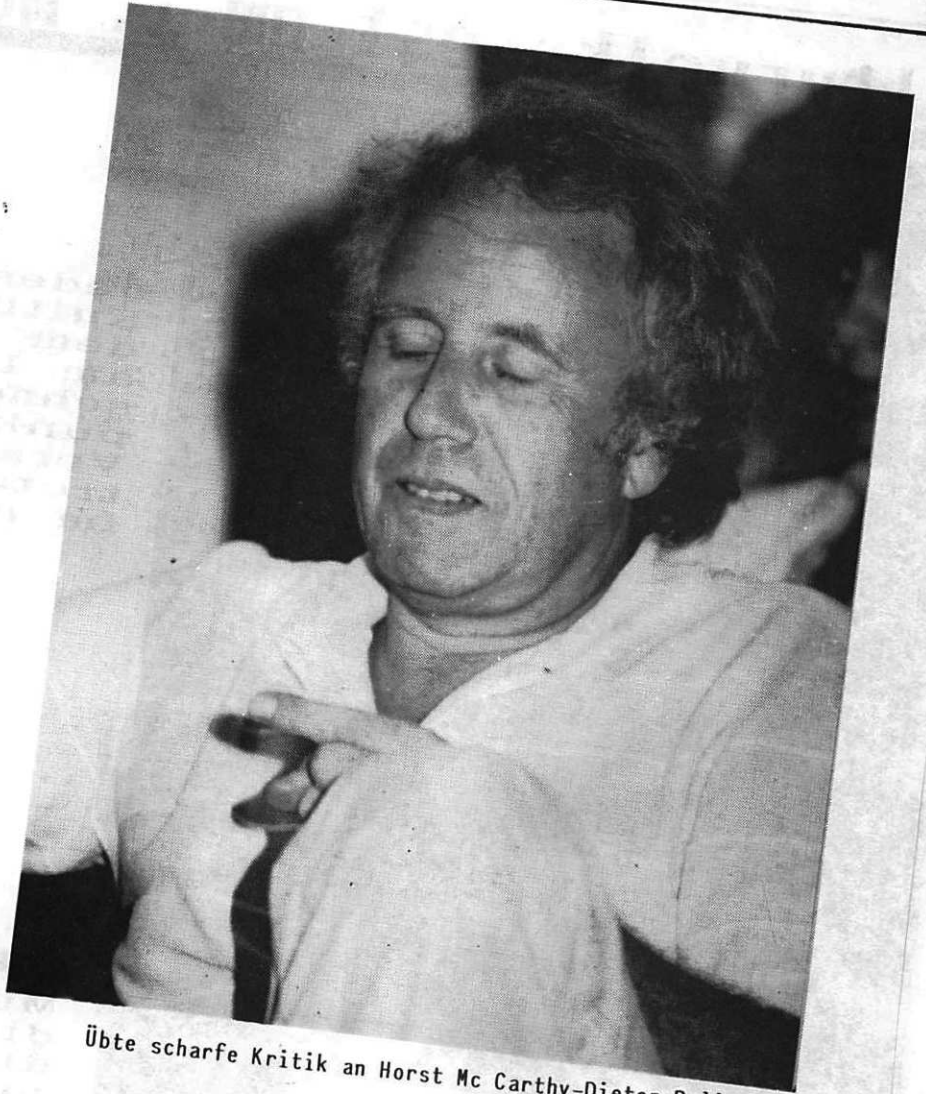
Nun begann die Diskussion. Dröscher aus Wulfen relativierte den Bericht des Majors. Im SPD-Unterbezirk sind weniger als 30% der Mitglieder Frauen und nur 1/10 der Genossen/Genossinnen unter 30 Jahre alt. Aber 46% der Mitglieder sind über 50 Jahre; die SPD im Unterbezirk ist also auf dem besten Wege, eine Rentnerpartei zu werden. (Wollen sie den Grauen Panthern Konkurrenz machen?)

Gerade die jungen Wähler sind nicht mehr bereit, SPD zu wählen.

Nachdem Römer und Ettrich noch einige Allgemeinplätze zum besten gegeben hatten, begann der Auftritt von Delius aus dem Ortsverein Recklinghausen-Altstadt. Er bemängelte in Niggmeyers Bericht die fehlende Selbstkritik und bezeichnete ihn als Graf Hyn in der SPD (Hyn ist ein Rechtsaußen in der bayerischen CSU). Niggmeyer werde ständig als Kronzeuge der CDU gegen SPD-Politik zitiert; so ein Unterbezirksvorsitzender sei fehl am Platz.

Die Frage des Delegierten Hartwig aus Dorsten nach Niggmeyers Zahl von Posten in Partei und Gewerkschaft, ein Graus für alle Filzokraten, wies der Polizist Budschun empört zurück. Damit war die Diskussion zu Ende, und der Dattelner hatte das Schlußwort. Völlig unerwartet flippte Niggmeyer aus; er behandelte seine innerparteilichen Kritiker wie die Grünfamierte sie und empfahl ihnen Nachhilfeunterricht in Sachen Energiepolitik bei Heinz-Werner Meyer - ein cholerischer Anfall auf offener Bühne! Erschreckt schauten sich die Delegierten an; damit hatte keiner gerechnet. In die Empörung über die Auswürfe Niggmeyers stieß dann Kasperek mit seiner Rede "Versöhnen statt Spalten" und seine Chancen für die anstehende Wahl stiegen merklich.. Er verteidigte die Nürnberger Beschlüsse und orderte, daß Programm und Person übereinstimmen müßten. Damit hatte er die Zahl in der Tasche.

■ ■ ■



Übte scharfe Kritik an Horst Mc Carthy-Dieter Delius

NEU!

Café - Kneipe

GRAUZONE

RECKLINGHAUSEN, OERWEG 53

TEL.: 27 504

Gute Musik -

gute Stimmung -

guter Laden!

JEDEN SONNTAG

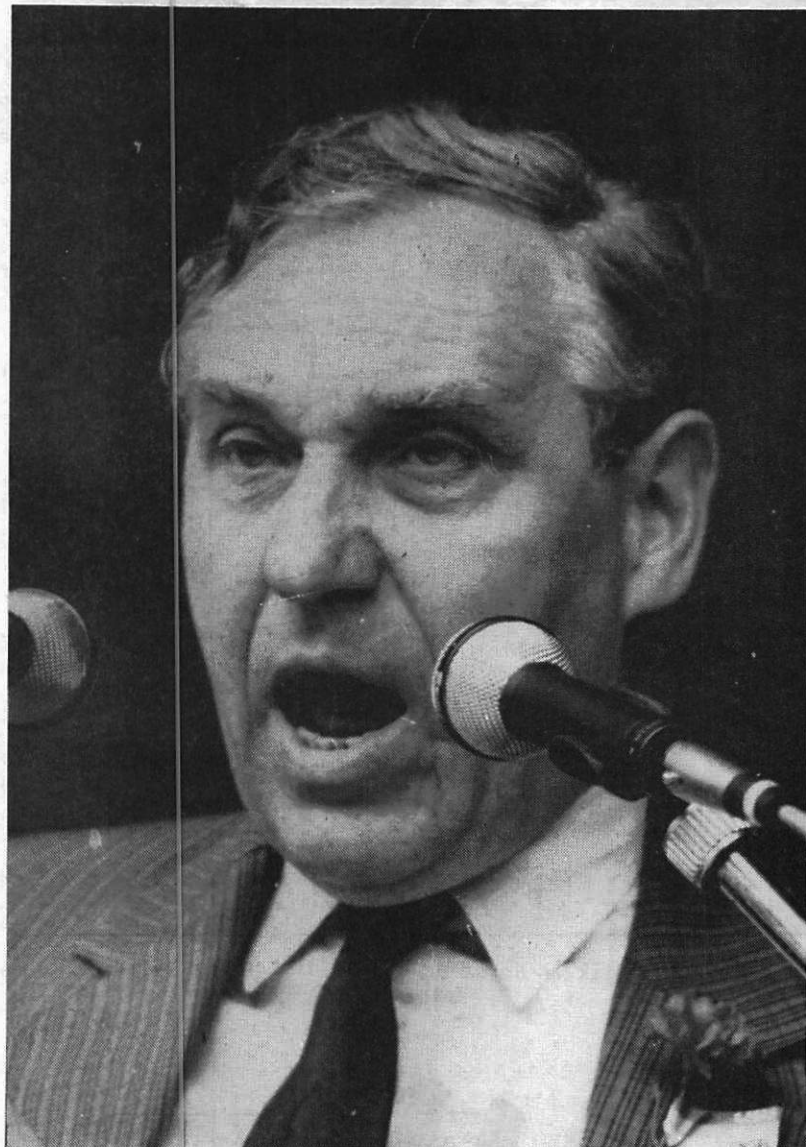
FRÜHSTÜCKS-

BUFFET

10,-

Inhaber:
Andreas
Heppe

Kulturvolksfest am 1. Mai



Jedes Jahr wird das Kulturprogramm auf dem "grünen Hügel" am 1. Mai ein wenig schmaler, aber Höhepunkte mußten die Veranstalter jedoch trotzdem zu setzen im negativen Sinn.

Mußte in diesem Jahr die Sonntagspredigt halten: Heinz-Werner Meyer

Zwischen Kampftag

Die Demonstration zum Ruhrfestspielhaus entging der Aufmerksamkeit nur deswegen nicht, weil genügend Spielmannszüge, ihm eine gewisse Größe gab. Damit dann wenigstens viele den Reden zur Eröffnung ihre Aufmerksamkeit entgegenbringen mußten, öffnete das Haus erst gegen 12 Uhr seine Pforten. (in den Vorjahren geschah dies eine Stunde früher).

An den Haupteingängen wurde das kulturhungrige

Volk von Damen und Herren mit Sammelbüchsen belästigt. Schon im Programmblatt war angekündigt, daß ein Unkostenbeitrag in Form einer Spende erhoben würde, um die Veranstaltung zu finanzieren. Als "Quittung" erhielt der Spender eine Plakette. Die Spendensammler verhielten sich jedoch teilweise wie Eintreiber von regulären Eintrittsgeldern, wie mir von verschiedenen Besuchern berichtet wurde. Dieses obskure Verhalten wird erklärlicher,

wenn man weiß, daß die Sammler auf Provisionsbasis vom DGB angeheuert waren. Wen das an Klinkenputzer-Manieren erinnert - mir geht es auch so.

Über die Probleme des "Umweltzentrums" Münster, eine Standgenehmigung zu erhalten, erwähnten wir schon in der Mai-Ausgabe. Am 1. Mai endeten diese Probleme mit der Abräumung des Standes auf der Brücke durch die Hausherrn mithilfe von DGB-Ordern und Schutzpolizei

Unter den Musikkapellen wurden auch einige Demonstranten gesichtet



und Sauforgie

(Lest dazu auch die Leserbriefes in diesem Heft).

Nach dieser Tat wollte Pressesprecher Isemeyer den 'HOLZWURM' nicht ungeschoren lassen. Einem Redaktionsmitglied gegenüber nahm er kein Blatt vor den Mund: »Der HOLZWURM ist ein Scheiß-Blatt!«. Aber wir sind gegenüber Komplimenten ja immer aufgeschlossen!

■ ■ ■

Gelungene Aktion: Das große VoBo-Transparent stahl den Kundgebungsrednern doch etwas die Show



Kunsthalle Recklinghausen

Ausstellung: **"Arbeit**

Anstoß zu einer "Bewußtseinsregung" will sie sein, die Ausstellung "Arbeit und Rhythmus" im Rahmen der diesjährigen Ruhrfestspiele. Getreu ihrem ehemaligen Anspruch, ein Arbeiterfestspiel veranstalten zu wollen, machte man die Arbeit selbst zum Thema. Zusammenhänge zwischen Lebens- und Tagesrhythmus, zwischen Arbeitsrhythmus und freier Zeit sollen dargestellt werden.



Kohlesäcke schleppende Frauen; Cécilie Douard

Foto: Ferdinand Ulrich

Interessant ist die Ausstellung wohl auch deshalb, weil die dort gezeigten Kunstwerke zwar thematisch unter dem Titel "Arbeit und Rhythmus" unter einen Hut zu bringen sind, sich jedoch stilistisch grundlegend unterscheiden. Künstler mit hohem politischen oder sozialen Bewußtsein stehen neben solchen, die die Arbeit idealisieren oder völlig unkritisch die

mindern. Douard zeigt die unter der physischen Anstrengung leidenden, verhärmten Frauen und erhebt dadurch Anklage gegen die Arbeitsbedingungen in dieser Zeit.

Auch das Bild "Zechenarbeiterinnen auf der Hängebank" von Hans Baluschek erinnert daran, daß es zu Beginn des Bergbaus durchaus

sichtbar und doch bestimmend für ihr Leben.

Mit Hilfe der dargestellten Kunstwerke soll auch auf den Wandel von Arbeitsformen und Arbeitsstätten in den letzten 150 Jahren hingewiesen werden. Für das heutige Zeitalter des Computers steht sicherlich die Figur "Angepaßter Schablonenmensch auf Knopfdruckposten" von Peter Freese. Das Individuum wird an den Computer angeschlos-

und Rhythmus

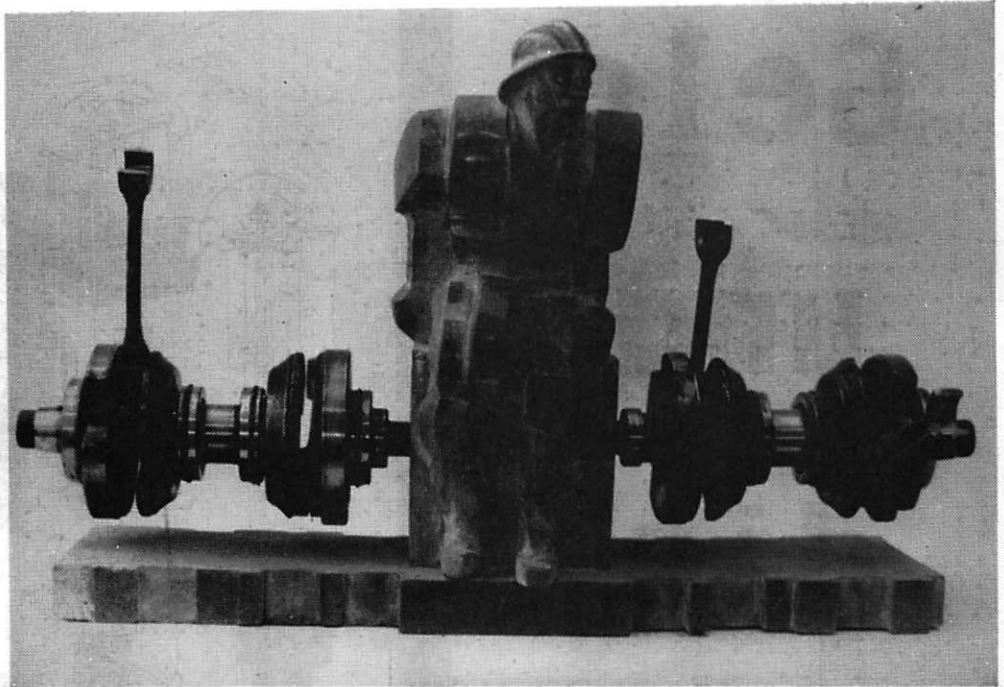
Ästhetik der Maschine hervorheben.

Die Ausstellung beginnt mit dem "Lebensfries des arbeitenden Menschen" von Bernhard Hoetger, sonst im Gewerkschaftshaus in Bremen zu sehen. Es besteht aus 8 Figuren, die Menschen jedes Lebensalters zeigen, sich ausgebeutet und von der Arbeit gekennzeichnet, sich psychisch und physisch gegen ihr Los auflehnen.

In einer Abteilung wird der Tagesrhythmus der Arbeit dargestellt, so z.B. die "Häusliche Arbeit" (Arthur Segal, 1921), die in einer Art Bildfolge die Handlangerdienste der Frau für Mann und Familie zeigt, vom morgendlichen Bettenaufschütteln bis zum abendlichen Strümpfestopfen im Beisein des zeitungslesenden Mannes, völlig normengerecht.

Eine eigene Abteilung bekam das Thema "Bergbau", verständlich im Rahmen dieser Festspiele, die erst durch Bergleute ermöglicht wurden. Hier werden durch die Kunstwerke alle Stationen des Bergmannstages gezeigt, bis hin zur Heimkehr am Abend.

Besonders bedrückend ist in diesem Rahmen das von Cecile Douard gemalte Bild "Kohlesäcke tragende Frauen". Es zeigt die Frauen als Rückenfiguren, die sich völlig unter der Last vornübergebeugt an Kohlenhalden vorbeischieben. Dabei ruht die größte Last auf den Nackenmuskeln, die Hände können den Zug nur



üblich war, Frauen in diesen Arbeitsbereichen einzusetzen. Das Märchen vom schwachen Weibchen interessierte die Zechenbarone nur dann, wenn es um die Frauen ihrer eigenen Klasse ging.

Fließbandarbeit und Massenproduktion sind ein anderer Bereich dieser Ausstellung. Als Beispiel sei hier das Bild "Agnelli im Fiat-Dschungel" von Thomas Bayrle erwähnt. Bayrle zeigt die Fließbandarbeit bei "Fiat" durch sich immer wiederholende gleichartige (Arbeiter)-Figuren, von denen nur sehr wenige in ihrer Haltung von der Norm abweichen. So entsteht im Hintergrund das Portrait des Besitzers von "Fiat", Agnelli, für den Betrachter und für die Arbeiter bei "Fiat" nur schemenhaft

sen wie eine zweite angepaßte Maschine.

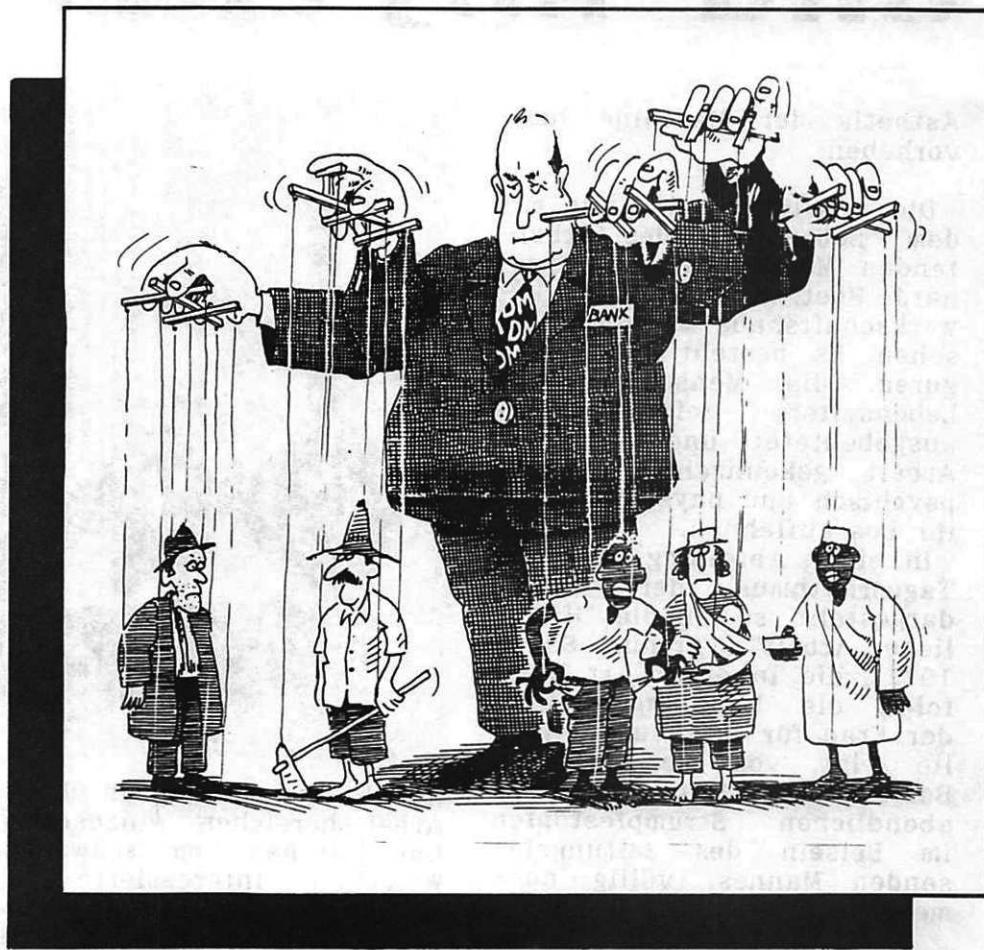
Während der Ausstellung werden die Besucher auch animiert, selbst an einem Computer-Spiel teilzunehmen, das 10 Jahre aus dem Leben eines Bergmannes während der Jahre 1903-1913 zum Thema hat. Aufgabe: die Familie 10 Jahre durch alle Gefahren und Nöte zu bringen; eine Aufgabe übrigens, die für computer-ungeübte Spieler fast nicht zu lösen ist, sondern nur etwas für Computer-Freaks ist.

Texte von Schriftstellern und Wissenschaftlern zum Thema Arbeit runden die Ausstellung ab, die noch bis zum 12. Juli in der Kunsthalle in Recklinghausen zu sehen ist.

Buchbesprechung

Siegfried Pater

Geld und die Welt



Siegfried Pater (Hg): Geld und die Welt. Bundesdeutsche Banken und Dritte Welt. Ein medico-international-Buch. Lamuv Taschenbuch 50. DM 16,80.

Rechtzeitig - wo sich die Schlagzeilen über die internationale Schuldenkrise in den Wirtschaftsteilen der großen Zeitungen regelrecht überschlagen - erschien Anfang April ein interessantes Buch. Dreizehn bekannte Autoren beteiligten sich daran.

Der Schuldenberg der 3. Welt wächst und wächst und wächst.... 1986 hat er die Höhe von 1.000 Milliarden US-Dollar überschritten. - 1986 floss mehr Geld von Süd nach Nord als umgekehrt. Die 3. Welt blutet finanziell aus.

Maßgeblich beteiligt sind bundesdeutsche Banken, die eng verflochten mit den Konzernen sind. Ihre Kreditpolitik entscheidet über das Wohl und Wehe mancher Staaten. Sie hat zum Beispiel

auf die Zukunft des südafrikanischen Apartheitsystems wesentlichen Einfluß. Doch die Rolle der Banken im Nord-Süd-Konflikt ist bisher kaum thematisiert worden.

Kein Zweifel. Die Internationale Schuldenkrise spitzt sich zu. Während die multinationalen Banken im publicity-tüchtigen Clinch mit Brasilien Härte zeigen, ein zahlungsfähiges Land, das seine Schuldzahlungen eingestellt hat und sein Wirt-

schaftsminister zu internationalen Bösewichtern abgestempelt zu werden drohen, verlieren die zahllosen Zeitungsberichte über all die anderen Umschuldungsaktionen leicht an Gewicht. Übersehen werden dabei nur ein Dutzend anderer Länder Lateinamerikas, Afrikas und Asiens, die ebenfalls bis zur Nase in der Schuldenklemme stecken.

Die "Dominotheorie" der Zahlungsverweigerung, wonach alle fallen könnten, wenn ein Land umkippt, steckt den Bankiers tief in den Knochen. Warum - das zeigt in dem neuen Buch der Aufsatz von Angelina Sörgel: "Die bundesdeutsche Industrie - und Bankkonzerne: Mächtiger als die Bundesregierung".

Die Banker hoffen, daß das Beispiel Brasiliens keine Schule macht; sonst würde das mühselig aufrechterhaltene System "Schneeball" zusammenbrechen. Das System steht und fällt mit der Annahme, die Entwicklungsländer werden irgendwann schon in der Lage sein, ihre Schulden zurückzuzahlen.

Herbert Schui, Hochschullehrer für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg, erklärt mehr dazu: "Die Bemühungen um die 'Zahlungsfähigkeit' der 3. Welt". Und sein Kollege Prof. Dr. Rainer Tetzlaff fragt schon gleich zu Beginn des Buches: "Die Bundesrepublik Deutschland: Nicht verantwortlich für die Schuldenkrise?"

Der Leser erfährt erstaunliche Einzelheiten; mal aus dem Blickwinkel der Entwicklungsländer, die unter den Folgen des Schulden"dienstes" Hunger zu leiden haben, mal aus der Sicht der Banken und ihrer Aktionäre.

Zum Beispiel: Um das Schneeballsystem aufrechtzuerhalten, müssen die Entwicklungsländer (nur) die Zinsen samt üblicher Gewinnmarge überweisen, selbst wenn ihnen zuvor das Geld dafür in Form von Umschul-

dungen - oder neuen Krediten zur Verfügung gestellt werden muß. Nur - so werden die Tilgungen immer weiter in ferne Zukunft hinausgeschoben; der Schuldenberg wächst unaufhaltsam an.

"Den richtigen Namen zu tragen, das bringt mitunter schon viele Vorteile. Eben dieses erfährt die größte der bundesdeutschen Banken und die Nummer 8 auf der Welt-rangliste - wenn man der Zählweise der Finanzzeitung 'Euromoney' folgt -, die Deutsche Bank Aktiengesellschaft immer wieder aufs neue. Und sie profitiert gern davon."

Klaus Mielke: "Die Deutsche Bank und die Dritte Welt".

Themen sind u.a.: "Geld für die Apartheid in Süd-Afrika und Namibia", "DM-Offensive auf den Philippinen: Die heimlichen Weltbank-Gouverneure" und z.B.: "Was wir tun können: Widerstand gegen die Schulden, die das Volk töten".

Das Buch möchte mit konkreten Beispielen von einzelnen bundesdeutschen Banken, wichtiger Länder aus

Lateinamerika, Afrika und Asien und anhand von Solidaritätsaktionen Antworten auf diese Fragen geben. Es möchte eine Verbindung schaffen zwischen der wissenschaftlichen Verschuldungsdiskussion und der notwendigen Aktion.

Denn Anlässe für Aktivitäten sind genügend gegeben: 1987 behandelt der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) das Thema "Elende Schuld - Unverschuldetes Elend"; auf dem Evangelischen Kirchentag wird die Kontenkündigung der Evangelischen Kirche bei der Deutschen Bank im Hinblick auf deren Geschäftsverbindungen mit Südafrika Diskussionsstoff liefern; das katholische Hilfswerk MISERIOR stellte die Fastenaktion des Jahres 1987 unter das Thema Verschuldung, und schließlich werden der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank im Herbst 1988 in Berlin tagen.

Willi D.
■ ■ ■

SONNENBLUME

Springstraße 2
am Hauptbahnhof

... täglich frisches Brot & Brötchen
köstliche Milchprodukte sowie
Gemüse und Obst aus biologischem Anbau ...

Montag bis Freitag: 9-13 und 15-18 Uhr
Samstag: 9-13 Uhr

NATURKOST



In den letzten HOLZWURM-Ausgaben hatten einige Gruppen des Frauenzentrums Gelegenheit, sich darzustellen. Darunter befanden sich der Treff junger Frauen, die Lesbengruppe und das Frauennotruftelefon. Damit war der erste Schritt zur Öffentlichkeitsarbeit getan. Einiges mehr entwickelte sich im vergangenen Wonnemonat Mai.

Daß sich im Frauenzentrum etwas bewegt, wurde schon mehrmals angekündigt. Heute berichte ich über drei dort begangene Veranstaltungen:

- Haus der offenen Tür
- Treffen sämtlicher Frauengruppen und Initiativen
- Gesprächskreis mit 'pro familia' zum § 218.

Ein Tag vor dem "Muttertag", dem 9. Mai '87, veranstaltete das Frauenzentrum ein Haus der offenen Tür. Geladen waren alle Frauen, alle Frauen kamen. D.h., die Räumlichkeiten des Frauenzentrums wurden voll ausgeschöpft. Es kamen Frauen aller Altersgruppen, mit oder ohne Kinder, unorganisierte und organisierte Frauen. Ein kleines Kulturprogramm wurde von zwei "Schneppen" mit Liedern, Gedichten, Gags und gemeinsamen Singen geboten. Neben gemütlichem Klönen und Kennenlernen wurde von vielen Frauen starkes Inter-

Nicht nur in aller Munde

esse an mehr Gruppenangeboten bzw. einem offenem Treffs geäußert. Ab Juli ein Frauencafe geplant, wo Frau sich auch ohne bestimmte Gruppenmotivationen treffen kann.

Alles in allem kam eine starke Resonanz im Jahr des 10-jährigen Bestehens deutlich rüber.

Nun zum Recklinghäuser Frauentreffen vom 13.5.87. Das Frauenzentrum hatte zu diesem Termin sämtliche Frauen, Frauengruppen- u. Initiativen Recklinghausens zwecks gemeinsamen Plenums eingeladen. Die Bestrebungen dabei waren und sind, daß sich viele Frauen gemeinsam besser in eigener Sache stark machen und Ziele erreichen können.

Erfreut zeigten sich dann auch Frauen des Frauenzentrums über die Vielzahl der Interessentinnen, denn am Plenum teilgenommen haben

einige 'unorganisierte' Frauen und Vertreterinnen folgender Gruppen/Initiativen:

- Deutsch/Türkischer Frauenverein,
- Friedensfrauen der evangel. und kathol. Kirche,
- Politische Frauenbildung VHS,
- Deutscher Hausfrauenbund,
- FDP-Frau,
- Muttermilch, ein Menschenrecht,
- Frauengruppe Recklinghausen Ost,
- Gleichstellungsbeauftragte,
- Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF),
- Grüne Frauen,
- Demokratische Fraueninitiative (DFI),
- Frauen am Lohtor,
- Treff junger Frauen,
- Literaturkreis (Frauenzentrum),
- Frauennotruftelefon.

Vertreterinnen der DGB-Frauen, der CDU-Frauen und der Lesbengruppe konnten leider nicht anwesend sein. Sie sind aber zum nächsten Treffen herzlich eingeladen, wie alle anderen Gruppen

auch.

In dieser großen Diskussionsrunde wurde besonders der Vorschlag für gut befunden, eine Art Mindest-Konsens zu erarbeiten. Er soll die Basis für eine einheitliche Handlungsebene aller bzw. vieler Frauen-Initiativen sein, um als gesellschaftspolitisches Machtpotential Forderungen in eigener Sache durchsetzen zu können.

Schon beim ersten Treffen nannten Frauen Vorschläge von aktuellen und mittelfristigen Zielen: Errichtung zusätzlicher, dringend notwendiger, Kindertagesstätten, mehr Ausbildungsplätzen für Mädchen, Abschaffung des § 218.

Bezeichnend und unbedingt erfreulich für eine erste Diskussionsrunde dieser Art, ist der Wunsch nach gemeinsamen Aktionen. Jede Gruppe bleibt natürlich autonom und hält sich so die Möglichkeit offen, je nach Zielsetzung mit anderen Gruppen zusammenzusetzen. D h hat eine

Gruppe nicht die Absicht sich z.B. gegen den § 218 einzusetzen, so kann sie sich aber mit den 218-Gegnerinnen für mehr Kindertagesstätten stark machen.

Die Bereitschaft sich als Frauen gemeinsam zu überlegen, in welchen Zielsetzungen frau übereinstimmt, um sich zwecks Aktionen zusammenzuschließen, möchte ich an diese Stelle ganz lobenswert erwähnen.

'Pro familia' im Frauenzentrum

Zu einer Aufklärungs- und Diskussionsrunde besuchte am 17.5.87 eine Vertreterin von 'pro familia' Recklinghausen das Frauenzentrum. Das Thema des Abends: der heiß umstrittene § 218. Außerdem waren zwei Vertreterinnen einer autonomen Beratungsstelle aus Münster und viele Recklinghäuser Frauen anwesend.

Als Vorlage zur Diskussion galt die Koalitionsvereinbarung des Bundesparlamentes

Münsterstr. 2a, 4350 Recklinghausen

Antifaz
Antifaschistische Zeitung Recklinghausen



Themen:

- Picasso's Guernica
- Volkszählung im Nationalsozialismus
- Faschistisches Südafrika



setzes zum § 218, die wir hier nebenstehend veröffentlichen.

Probleme und 'Haken' dieser Koalitionsvereinbarung gibt's

viele. Sie ist offensichtlich nicht dazu da, um Frauen ihre Entscheidungen zu erleichtern bzw. in die Tat umzusetzen.

Fest steht, daß in der Bundesrepublik jährlich ca. 600.000 Geburten über 150.000 Abbrüchen gegenübergestellt werden müssen. So gerechnet kommt auf 4 Geburten ein Schwangerschaftsabbruch. Fest steht auch, daß andere europäische Länder, die den § 218 in unserer strengen Form nicht kennen und auch weniger eigene Abbrüche aufzuweisen haben, dafür aber bessere medizinische und seelische Betreuung und mehr Ärzte und Geräte zum Abbruch anbieten können. Dies ist z.B. in Holland der Fall, obwohl die Rate der Abbrüche bei holländischen Frauen viel niedriger liegt, als bei deutschen Frauen. Die Folge des § 218 bzw. einer Verschärfung des Paragraphen ist, viele deutsche Frauen fahren nach Holland, um dort einen Abbruch vornehmen zu lassen. Dies ist aber mit Kosten von mehreren Hundert DM verbunden.

Sollen Frauen gezwungen werden, mehr Kinder zu gebären, wenn sie nicht das nötige Kleingeld zur Abtreibung im Ausland aufbringen können oder werden sie sogar bei vorenthaltener Indikation in den Abbruch-Tourismus geschickt?

Die Koalitionsvereinbarung zum Bundesberatungsgesetz erschwert aber auch den Ärzten ihre Entscheidung, ob sie Abbrüche vornehmen z.B. durch die Absätze 5 und 7. Wenig Ärzte sind bereit an Fortbildungsmaßnahmen zum "Schutz des Kindes" teilzunehmen, sich also Moralpredigten anhören zu müssen. Vereinfacht wird ihre Entscheidung, Abbrüche vorzunehmen auch nicht durch eine Meldepflicht an das Statistische Bundesamt.

Wie dem auch sei. Eine Tabuisierung und Moralisierung des § 218 hilft Frauen auch nicht weiter, höchstens weiter weg, nämlich z.B. nach Holland.

Hinweisen möchte ich noch, daß auf dem "Internationalen Frauentag" nicht nur DGB-Frauen vertreten waren, sondern auch andere Fraueninitiativen. Birgit.

Koalitionsvereinbarungen im Wortlaut

Gesetzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Beratung im Rahmen des § 218.

Durch ein Bundesberatungsgesetz ist sicherzustellen, daß in allen Bundesländern

1. Beratungsstellen dann eine staatliche Anerkennung und Förderung erhalten, wenn sie, entsprechend der Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 25. Februar 1975, zugunsten des Lebens beraten, über Hilfen informieren, diese vermitteln und, soweit ihnen finanzielle Mittel und personelle Ressourcen dafür zur Verfügung stehen, gewähren. Dazu gehört

- die Schwangere konkret bei der Erlangung der gesetzlichen Hilfen (z.B. der Sozialhilfe) zu unterstützen,

- die Hilfen der Bundesstiftung "Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens" und der Landesstiftungen zu vergeben, - sich auch des sozialen Umfeldes der Schwangeren (insbesondere des Ehemanns/Freundes, der Eltern, des Arbeitgebers) anzunehmen und darauf hinzuwirken, daß die Schwangere die erforderlichen persönlichen Hilfestellungen von dort erfährt,

- Mütter, insbesondere wenn sie alleinerziehend sind, auch noch nach Austragung einer Konfliktschwangerschaft weiter zu begleiten und - soweit dies notwendig ist - etwa bis zum 3. Lebensjahr des Kindes zu betreuen und - Fragen der verantwortungsbewußten Elternschaft und Familienplanung mit den Beteiligten zu behandeln und auf eine Lösung hinzuwirken.

Die Voraussetzungen für eine Anerkennung und die Förderung sind von den Behörden zu prüfen, die

das jeweilige Bundesland dafür bestimmt.

2. die Berater auf der Grundlage von Ausbildung und Berufserfahrung über eine besondere Sachkunde verfügen. Das Vorliegen der erforderlichen Nachweise wird von der für die Anerkennung der Beratungsstellen zuständigen Behörde geprüft. Im Bedarfsfall soll in der Beratungsstelle ein Psychologe, Arzt und Jurist hinzugezogen werden können. Eine regelmäßige Fortbildung der Mitarbeiter der Beratungsstellen ist sicherzustellen;

2a. den Beratungsstellen ein Rechtsanspruch auf ausreichende öffentliche Förderung eingeräumt wird;

3. die Beratung in der Regel vor der Indikationsstellung erfolgt;

4. Beratung und Indikationsstellung personell getrennt erfolgen, insbesondere die Indikationen nicht von Ärzten festgestellt werden, welche die gesetzlich vorgesehene Beratung vorgenommen haben; (Hinweis: Auf jeden Fall müßte ausgeschlossen werden, daß die Anerkennung und Förderung davon abhängig gemacht wird, daß ein Arzt in der Beratungsstelle auch die Indikationsfeststellung treffen kann.)

5. die beratenden oder Indikationsstellenden Ärzte an Fortbildungsmaßnahmen zum Schutz der ungeborenen Kinder teilnehmen;

6. Die Beratung soll so früh wie möglich erfolgen;

7. Die ärztliche Honorarforderungen dürfen von den Krankenkassen nur dann erfüllt werden, wenn der abrechnende Arzt seiner gesetzlichen Meldepflicht an das Statistische Bundesamt genügt hat.

- Für die Nichterfüllung der ärztlichen Meldepflicht werden stärkere Sanktionen vorgesehen.

Serie

"Das Frauenportrait"

Bei der Benennung von Straßen, Plätzen, Schulen, Jugendheimen und anderen öffentlichen Einrichtungen ist der HOLZWURM-Redaktion aufgestoßen, daß dafür in Recklinghausen nur sehr selten Namen von bedeutenden Frauen ausgewählt werden.

Diese chauvinistische Haltung von Rat und Veraltung der Stadt Recklinghausen ist ein Ärgernis und zugleich eine Diskriminierung von über 50 Prozent unserer Bevölkerung, eine Herabwürdigung der gesellschaftlichen Rolle der Frau. Wir bitten unsere Leserinnen und Leser, sich mit ihren Möglichkeiten für eine Änderung dieser Praxis einzusetzen.

Teil VI. Minna Cauer

Eine der ersten und einflußreichsten Vorkämpferinnen der organisierten deutschen Frauenbewegung war eine Pfarrerstochter aus der märkischen Kleinstadt Freyenstein.

Geboren am 1.11.1841, verlief ihr Leben zunächst wie das so vieler Frauen ihrer Zeit. Ohne Berufsausbildung heiratete sie sehr früh und wurde schon bald Mutter. Nach dem Tod ihres Mannes und dem ihres Kindes wurde sie Lehrerin und ging, für damalige Verhältnisse sehr ungewöhnlich, allein nach Paris, um dort eine Stelle als Hauslehrerin anzutreten.

Erst mit etwa 40 Jahren kam sie in Kontakt mit der Frauenbewegung. Sie gründete mehrere Vereine, u.a. den Verein "Frauenwohl" in Berlin, der bald Mitgliedsgruppen in vielen Städten des Reiches hatte.

Minna Cauer gehörte zum radikalen Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung, deren herausragendste Vertreter neben ihr selbst Lida Gustava Heymann und Anita Augspurg waren. Ihre Thesen vertraten sie in der Zeitschrift "Die Frauenbewegung", über 25 Jahre lang von Minna Cauer herausgegeben. Sie selbst schrieb auch den berühmten Artikel "radikal", in dem sie den Begriff im Gegensatz zu den gemäßigten Frauen wie

Helene Lange als positiv bewertete.

Im September 1896 berief sie mit anderen Frauen zusammen den "1. Internationalen Kongreß für Frauenwerke und Frauenbestrebungen" in Berlin ein, der zum einzigen Mal alle

Frauen ~~Männer~~ machen Geschichte

die Zusammenkunft zu ver- oder behindern, wie es bis dahin in Preußen üblich war, denn sie hatte keinen Zutritt zum Parlament. Auf dieser Generalversammlung wurde Minna Cauer zur Vorsitzenden gewählt, eine Wahl, die jahrelang immer wieder bestätigt wurde.

Viele Forderungen des Verbandes erscheinen uns auch heute noch beklemmend aktuell, so, als hätte sich für die Rechte der Frauen bis zu diesem Tage nur wenig getan:

- Selbstbestimmungsrecht der Frau auf ihren Körper
- wirtschaftliche und soziale Anerkennung für das Aufziehen der Kinder
- Gleichstellung ehelicher und



Flügel der damaligen Frauenbewegung an einen Tisch brachte.

1899 war Minna Cauer Mitbegründerin des Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine, dem sich bald mehr als 20 Frauenvereine anschlossen. Alle 2 Jahre wurde eine Generalversammlung einberufen, die wichtige, Frauen betreffende Themen zur Diskussion stellte. 1901 gelang es Minna Cauer, für eine Generalversammlung Räume im Reichstag anzumieten, was einerseits den Willen der Frauen zum Einzug ins Parlament dokumentierte, andererseits aber der Polizei nicht ermöglichte,

unehelicher Kinder

- Aufhebung des Abtreibungsverbot
- bessere Arbeitsbedingungen und Löhne für Frauen
- Beendigung der Bagatellisierung von Gewalt gegen Frauen
- Soziale und rechtliche Gleichstellung nichtehelicher Beziehungen.

Im 1. Weltkrieg wurde Minna Cauer konsequenterweise zur Kriegsgegnerin und gründete mit ihren Mitsreiterinnen pazifistische Organisationen. 1922 starb sie; ihr Vermächtnis lautet: "Vollendet, was wir begonnen!"

Düstere Aussichten

Am 4.5.87 tröpften die Einwohner der Stadt in den Großen Sitzungssaal des Rathauses. Der Rat hatte zu einer Einwohnerversammlung über die Probleme von Kohle und Stahl geladen. Welt führte den Vorsitz. Die 50 Einwohner setzten sich vorwiegend aus Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären der betroffenen Firmen sowie SPD-Funktionären zusammen. Auf dem Podium saßen Bürgermeister Welt, Stadtdirektor Borggraeve, Arbeitsamtsdirektor Heppner, Herr Neinhaus von der Vestischen Gruppe der IHK, Peters (IGM), Bundestagsabgeordneter Meyer sowie mit Verspätung, Herr Lammert von der Ruhr-CDU.

7.000 Arbeitsplätze im Bergbau und bei den Zulieferern sind in Recklinghausen akut gefährdet. Und das bei schon über 26.000 arbeitslose Gemeldeten im Bezirk (etwa das Kreisgebiet) des Arbeitsamtes Recklinghausen. Diese alarmierenden Zahlen nannte der Leiter des Arbeitsamtes, Heppner, in seinem Referat. Rund 22.900 Arbeitsplätze im Bergbau gibt es z.Zt noch im Kreis Recklinghausen. Mit den Arbeitsplätzen bei den Zulieferern sind das ca. 56.000 Arbeitsplätze. Das heißt,

Recklinghausen - Armenhaus des Reviers?

durch die neue Kohlekrise sind ein Drittel aller Arbeitsplätze im Kreis bedroht. Der Kreis Recklinghausen ist auf dem besten Wege, zum Armenhaus des Ruhrgebiets zu werden. Eine Besserung am Arbeitsmarkt ist nicht in Sicht. Auch die Arbeitsplätze im Handel gehen zurück. 715 Arbeitsplätze bei BASF in Castrop-Rauxel werden in den nächsten zwei Jahren abge-

baut. Dort sind auch Bewohner der Stadt Recklinghausen beschäftigt. Durch die Sparhaushalte der kommenden Jahre der Stadt Recklinghausen werden auch die Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung nicht zunehmen, sondern es werden im Gegenteil durch ABM-Maßnahmen und Zwangsarbeit für Sozialhilfe-Empfänger Vollzeit-arbeitsplätze gestrichen.

Peters von der IG Metall wies darauf hin, daß die jetzige Stahlkrise Auswirkungen auf den Koks-Absatz hat. Im Stahlbereich werden von 330.000 Arbeitsplätzen 110.000 vernichtet. Auch

Sozialhilfe belastet das Stadtsäckel

Recklinghausen als Nicht-Stahl-Standort ist davon betroffen, gibt es doch auch hier viele Stahlarbeiter, die in Nachbarstädten ihren Arbeitsplatz haben. Die anfallenden Sozialhilfekosten werden auch den Stadtsäckel in Recklinghausen erheblich belasten. Weniger Stahl heißt

auch weniger Kohle, und die Vernichtung eines Arbeitsplatzes im Stahlbereich bedeutet die Vernichtung von zwei bis drei Arbeitsplätzen in Nachbarbereichen. Peters entwickelte dann das Modell der IG Metall. "Alle Stahlstandorte müssen erhalten werden." Dafür soll Druck auf Bonn ausgeübt werden.

Neinhaus von der Vestischen Gruppe der IHK nannte noch einmal für die Stadt Recklinghausen konkrete Zahlen. 700-800 Arbeitsplätze bei den Zulieferern im Stadtgebiet Recklinghausen sind von der Stahlkrise betroffen. Es jetzt noch 4200 Arbeitsplätze im Bergbau. Bei den Bergbau-Zulieferbetrieben sind noch ein

Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich auf dem Vormarsch

mal 3.500 Beschäftigte in 25 Betrieben tätig. Klöckner-Becorit an der Werkstättenstraße ist davon der größte Betrieb. Das sind 25% der Arbeitsplätze in der Stadt

für Arbeitsplätze in Recklinghausen



In März/April demonstrierten Beschäftigte von Klöckner-Becorit noch für die 35 Stundenwoche - bei weiteren Zechenstilllegungen vielleicht morgen schon gegen den Abbau von ihren eigenen Arbeitsplätzen

Recklinghausen. 6.400 Arbeitsplätze im industriellen Bereich sind bereits in den letzten 10 Jahren abgebaut worden. Vor 10 Jahren betrug das Verhältnis von Industrie-Arbeitsplätzen und Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich 50 zu 50. 1986 sind bereits 62% der Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich zu finden. Eine neue Kohlekrise ist vom Ar-

beitsmarkt daher nicht auffangbar. Seine Vorschläge: Man solle wieder zum energiepolitischen Konsens zurückkehren und am Jahrhundert-Vertrag festhalten. Die Wirtschaftsförderung muß verbessert werden durch das Bereitstellen von Flächen für die Neuansiedlung, und die Bevölkerung der Stadt Recklinghausen soll bei der Planfestsetzung mitspielen. Vom

Umweltschutz war in diesem Zusammenhang keine Rede.

Danach ergriff der CDU-Bundestagsabgeordnete Lammer von der Ruhr-CDU das Wort. Der Stellenwert von Kohle und Stahl müsse für den jetzigen Zeitpunkt, aber auch besonders für die Zukunft, für das Revier neu festgesetzt werden. Die Rolle der CDU-Politik fürs Revier

Düstere Aussichten für Arbeitsplätze in Recklinghausen

ist, den Strukturwandel nicht aufzuhalten, also nichts für die Sicherung der Arbeitsplätze zu tun. Am Konsens von Kohle und Atom müsse festgehalten werden. Die Erfüllung des Jahrhundert-Vertrages ist die Grundlage der Zahlungen aus Bonn. Der Jahrhundert-Vertrag ist ein Grundstein für die Politik der Atomkonzerne. Der Ausstieg aus der Atomenergie beendet diesen Vertrag. Aber auch einen Trost für die Bergleute hatte er noch: "Die Zeit der Kohle kommt noch, aber erst nach der Jahrtausendwende". Die anwesenden Bergleute fühlten sich verarscht.

Jetzt hatte der SPD-Bundestagsabgeordnete für Recklinghausen, IGBE-Meyer, das Wort. Er holte weit aus, um auf die jetzige Situation im

Heizöl in den Hochöfen

Bergbau zu kommen. 1950 wurden in der BRD 150 Mio.Tonnen Kohle gefördert, davon wurden 80 Mio.Tonnen im Wärmemarkt abgesetzt. 1986 werden 6 Mio.Tonnen Kohle im Wärmemarkt verkauft. Öl hatte damals die Kohle im Wärmemarkt verdrängt, weil Heizöl, ein Abfallprodukt der zunehmenden Motorisierung war und als Abfallprodukt erheblich billiger als Kohle. Diese Folgen hätte man damals nicht erkannt. In der zweiten Hälfte der 60er Jahre begannen dann die staatlichen Maßnahmen, die zur Gründung der Ruhrkohle AG führten. Nach der Ölkrise 1973 wurden neue Energieprogramme entwickelt, die wieder auf falschen Prognosen beruhten, die zu den heute vorhandenen Überkapazitäten im Kraftwerksbereich geführt hätten. Dabei

ließ er die Atomenergie unerwähnt. Das jetzt billige schwere Heizöl, das in Hochöfen eingesetzt wird, verdränge noch mal 2 Mio.Tonnen Kohleabsatz, was 4.000 Arbeitsplätze im Bergbau kostet; das heißt konkret, eine Schachanlage von der Größe General Blumenthals. Durch den Wegfall der EG-Kohlebeihilfe wird es zu einem weiteren Rückgang von 7,1 Mio.Tonnen Kohle kommen. Also werden drei weitere Großschachanlagen dichtgemacht.

Es stehen uns damit die Stilllegungen von vier Zechen bevor, wobei es sicher ist,

Stilllegung weiterer Zechen

daß eine dieser Schachanlagen im Kreisgebiet liegt. Der einzig sichere Absatz ist nach Meyer der Jahrhundert-Vertrag, wo bis 1990 bis zu 45 Mio.Tonnen abgesetzt werden könnten, wenn die EVUs sich daran hielten. Er verschwieg dabei, daß bei den Energieversorgungsunternehmen VEW, RWE, PREUßEN-ELEKTRA und andere Atomkonzerne das Sagen haben, die überhaupt kein Interesse am Steigen des Kohleabsatzes haben. Aufgrund falscher Prognosen sind zuviel Atomreaktoren gebaut worden, die heute weniger Störfälle als eingeplant hätten und dadurch 10% mehr Strom als geplant produzierten; so sinngemäß Meyer. Und wenn es 1990 zu einer Verlängerung des Jahrhundert-Vertrages kommen müsse, hätten die EVUs weniger Interesse an der Kohle. Also ist auch dort der vermeintlich sichere Absatz der bundesdeutschen Steinkohle bedroht.

Die Folgen sind heute schon

auf der Schachanlage Gen.Blumenthal zu sehen. Alle Kumpel über 50 werden jetzt von ihren Reviersteigern aufgefordert, ihren Arbeitsplatz freizumachen. Im Gegensatz zum Vertreter der IG Metall hat die IGBE weder ein Konzept noch den Willen, dem Abbau von Arbeitsplätzen im Bergbau irgendeinen Widerstand entgegenzusetzen. Meyers Ausführungen zeigten die völlige Perspektivlosigkeit der rechten Sozialdemokraten. In der Diskussion bemühte er sich um eine Große Koalition in der Energiepolitik mit der CDU. Als Gegenleistung bietet die IGBE über ihre Seilschaften in der SPD das Klippen der Nürnberger Beschlüsse zum Ausstieg aus der Atomenergie an. In der nachfolgenden Diskussion mit den Einwohnern faßte Werner Reumke, DKP-Kreisvorsitzender, noch einmal die Folgen für die Arbeitsplätze in Recklinghausen zusammen. In der nächsten Zeit werden 15.000 Arbeitsplätze bei der RAG abgebaut. Die Ausbildungskapazität wird zurückgefahren. Klöckner-Becorit und andere Bergbau-Zulieferer stehen vor dem Ende. Es soll Anzeichen geben, daß Still seinen Sitz von Recklinghausen

Politiker haben keine Lösung

sen in eine andere Stadt verlegen will. Durch die Fusion von GTG mit einer Essener Firma fallen in Recklinghausen weitere Arbeitsplätze weg. Er verwies auf das Beispiel Hattingen und forderte ein Zusammengehen aller Kräfte zur Verteidigung der Arbeitsplätze. Welt bedankte sich für Reumkes Beitrag und unterließ die sonst bei der SPD übliche Polemik gegen die DKP. Um ca. 23 Uhr endete die Einwohnerversammlung der Stadt Recklinghausen. Es war eine Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Situation der Stadt, aber es zeigte sich auch, daß keiner der Herren auf dem Podium konkret sagen konnte, wie diese Situation verändert werden könnte. Die Stadt Recklinghausen geht schweren Zeiten entgegen.

Castrop-Rauxel: Arbeitslosenzentrum des Reviers

Das BASF wird das Castroper Zweigwerk "Gewerkschaft Victor Chemische Werke" (Stickstoffwerk) stilllegen. Bis 1990 werden weitere 715 Beschäftigte in Castrop-Rauxel ihren Arbeitsplatz verlieren.

Den Stilllegungsbeschuß gab die BASF ausgerechnet zum 1. Mai bekannt. Der Konzern vertröstet die Belegschaft damit, daß die Schließung etappenweise erfolgen wird und verspricht "den Beschäftigten" Ersatzarbeitsplätze in den Werken Münster und Marl. Die 40 Lehrlinge können ihre Ausbildung noch in Castrop beenden.

Die Stilllegung der Castroper Anlage (hergestellt werden Ammoniak flüssig, Salpetersäure, Ammonsulfatsalpeter, Kalkammonsalpeter, Kalisalpeter, Stickstoffmagnesia u.a.; Haupterzeugnis sind die Düngemittel) begründet der Konzern mit der weltweiten Strukturkrise auf den Düngemittelmärkten; deshalb könne das Werk in Zukunft nicht mehr rentabel arbeiten, sollen auch rund 300 Arbeitsplätze in den BASF-Guanowerken Krefeld und Nordenham vernichtet werden.

Im Betriebsrat herrschte "blankes Entsetzen". In den letzten zwölf Jahren wurden bei der "Gewerkschaft Victor" schon 700 Arbeitsplätze vernichtet. Angesichts der schwierigen Lage - so der Betriebsrat -, habe man mit allem, auch mit Kurzarbeit, aber nicht mit Stilllegung gerechnet. Erste Konsequenz der Gewerkschafter war eine Protestkundgebung am 1. Mai vor den Werkstoren.

Auch in der Stadtverwaltung herrscht wieder einmal "Bestürzung". Bestürzt waren die Ratsherren schon als "Erin", die letzte Zeche in der "Europastadt" stillgelegt wurde. "Bestürzt" waren die Herren auch, als "Hertie" den Verkauf einstellte. Die "Gewerkschaft Victor" ist der viertgrößte Betrieb der Stadt und einer der größten Ausbildungsbetriebe.

Castrop-Rauxel hat mit 19,0% heute die höchste Arbeitslosenquote im Revier. Bei 77.000 Einwohnern suchen allein 5.000 Männer eine neue Beschäftigung; zählt man die Frauen hinzu, erhöht sich die Ziffer auf 10.000, zusammen mit den arbeitssuchenden Jugendlichen sind es 12.000.

Lange ist es her, als die fünf Zechen in der Stadt alleine 18.000 Menschen Beschäftigung und Einkommen verschafften. Mit "Erin" gingen die letzten 3.500 Bergbauarbeitsplätze in Castrop endgültig verloren. Dafür steigen jetzt - erst recht nachdem der "Hertie"-Konzern, das einzige Warenhaus am Ort, liquidierte - die Wohngeldanträge und die Zwangsraumungen, weil Mieter nicht mehr zahlen können, sind seit 1979/80 sprunghaft um 48% gestiegen.



Andere bedeutende Betriebe am Ort sind nicht minder gefährdet. "Klößner-Becorit" stellt in Castrop Bergbauzubehör her und mußte wegen der seit einem Jahr anhaltenden Absatzkrise der Steinkohle mehrfach Kurzarbeiten lassen. Die Pechkokerei der "Rütgerswerke" (Die "Ruhrkohle AG" hält 25 % der Aktien der Frankfurter Muttergesellschaft) ist ebenfalls ein Betrieb, der schon bald vor größeren Problemen stehen kann. Beide Unternehmen gehören zu den wichtigsten Industriebetrieben der Stadt.

Die "Bestürzung" der Kommunalpolitiker kommt spät. Und sie wird nichts nutzen, weil sie nicht in aktivem Widerstand gegen die Kahl-schlagpolitik der Konzerne im Revier mündet. Widerstand war schon notwendig, als die "Steinkohlenbergwerke Victor-Ickern AG" - heute auf die Chemischen Werke zusammengeschrumpft - in der großen Kohlekrise geopfert wurden.

Am Anfang war das Zechensterben

Widerstand war schon notwendig, als nach 1945 die Entflechtung der Montanindustrie zur Farce geriet und die Sozialisierung von der älteren Generation der heute noch verantwortlichen Politiker der vier großen Parteien verhindert wurde. Damals gehörten die Zechen "Victor 1-5" und "Ickern 1-4" dem "Klöckner"-Konzern.

Nach der Entflechtung gewann der Konzern schnell wieder Einfluß auf die Bergwerke in Castrop und beutete sie vor allem für den Koksbedarf des "Klöckner-Hütte Bremen AG" aus. Als der eigene Steinkohlenbergbau den Hüttenwerken nur noch Verluste bescherte, brachte "Klöckner" sein Bergbauvermögen in die "Ruhrkohle AG" ein, kassierte Stilllegungsprämien und konnte von dieser Zeit an billige subventionierte Kokskohle der RAG erwerben.

"Klöckner" war aus dem Schneider und für die Stadt Castrop-Rauxel begann die Reihe der wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die Ende der 60er Jahre noch lösbar schienen, nach über 15 Jahren Dauerkrise die Stadt nun aber an den Rand des Ruins bringen.

Bis 1951 fand die Düngemittelproduktion noch unter alliierter Kontrolle statt. Die alliierte Kontrolle bestand insbesondere darin, den aufstrebenden Chemiekonzernen Einfluß auf den Markt zu verschaffen, den auf der Angebotsseite noch die Kokereien beherrschten, in denen Ammoniumsulfat und andere Chemieprodukte als Nebenprodukte anfielen.

Öl und Kartelle schufen die Überproduktion

In den 60er Jahren gewannen die großen Konzerne - VEBA-Chemie AG, "Gelsenberg

AG", "Salzgitter Chemie GmbH" und andere - immer größeren Einfluß auf den durch den "Deutschen Ammoniak Verband" (DAV) kartellisierten Düngemittelmarkt. Prägend für die Branche wurde der Einfluß der "Ruhr-Stickstoff AG", die am 1.7.1974 von der VEBA übernommen wurde.

Zechen und Kokereianlagen der "Hibernia" brachte die VEBA in das "Ruhrkohle AG"-Vermögen ein, die Vermarktung der gewinnträchtigen Chemikalien übernahm sie selbst. Schon 1969 trennte sich der "Salzgitter"-Konzern vom Chemiebereich. Die "Scholven-Chemie AG" übernahm u.a. die Ammoniaksynthesenanlage der früheren "Ewald-Kohle-AG" (Oer-Erkenschwick) von "Salzgitter", aus der "Scholven-Chemie AG" wurde schon bald die "VEBA-Chemie AG".

Mitglieder des DAV waren jetzt nur noch die "VEBA-Chemie AG" und die "Gewerkschaft Victor Chemische Werke", in die sich die VEBA Anfang 1973 mit einer 50prozentigen Beteiligung einkaufte. Bereits ein Jahr später schied die "Gewerkschaft Victor" aus der DAV aus und die VEBA war plötzlich Besitzerin auch jener "Ruhrstickstoff AG"-Aktien, die bis dahin dem Castroper Unternehmen gehört hatten. Eines der ersten Opfer der VEBA-Käufe war 1972 das Stickstoffwerk in Bochum-Riemke.

Das BASF sicherte sich nach 1945 bedeutende Anteile am Düngemittelmarkt und beherrscht inzwischen die "Gewerkschaft Viktor" wie auch die "Ruhrstickstoff AG". Dem Chemiegiganten BASF gelang damit die Verwirklichung eines alten Zieles aus den Jahren vor 1914, als das Unternehmen mit synthetischen Düngemitteln die Konkurrenz der Kokereinebenprodukte niederzukonkurrieren wollte und für Jahrzehnte erfolglos blieb.

Die konzertierte Aktion zur Vernichtung des Bergbaus seit 1958 hat Folgen, die weit über den sozialen und ener-

giepolitischen Bereich hinaus gehen. Im Energiebereich verursachten die EG-Kohlepolitik und der verstärkte Einsatz des billigen Nahostöls in den 60er Jahren die Absatzkrise der Ruhrzechen. Die energetische Nutzung der Kohle für Kraftwerke war nach heutigen Gesichtspunkten wegen geringer Wirkungsgrade schlecht. Dafür fand in der Blütezeit der Steinkohlenindustrie eine intensive Nutzung der Nebenprodukte statt; der Wirkungsgrad von Kokereien lag wegen der Nutzung sämtlicher Nebenprodukte bei 80 %. Die chemische Industrie nutzt heute die Abfallprodukte, die einst aus Kohle gewonnen wurden.

Der Aufstieg der chemischen Industrie zur bedeutendsten Industriebranche war ohne Zechensterben und Ölschwemme unmöglich. Erst das billige Öl der 60er Jahre und die kapitalintensive und arbeitskräftesparende Produktionsweise der modernen Raffinerien ermöglichte es der chemischen Industrie vollends die wichtigsten Absatzmärkte der Kokereinebenprodukte zu erobern.

Weniger der Verbrauch des Öls für Heizzwecke, mehr die ansteigende Motorisierung steigerten den Import von Öl. Die schweren und leichten Heizöle waren Abfall, die einen Markt suchten und wegen des geringen Preises zum Niedergang des Bergbaus beitrugen; doch die Masse der Abfallprodukte im Raffinerieprozeß benötigte weitere Märkte und fand sie in der Sparte Chemie. Die großen Mengen sind heute das Problem; solange die Kokereinebenprodukte dominierten waren der Erzeugung produktionstechnische Schranken gesetzt.

Für alle diese wirtschaftlichen Prozesse waren die Kommunalpolitiker blind oder sie gehorchten den Gesetzen der Marktwirtschaft, die sowohl Christdemokraten wie auch Sozialdemokraten als Freifahrtskarte in den "Wohlfahrtsstaat" anpriesen. Die Schußfahrt führte jedoch zu

der längsten ökonomischen und sozialen Krise der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte. Kommunalpolitiker, die heute "Bestürzung" äußern, sollten weniger entsetzt über die Konzernpolitik der BASF sein - der Konzern verhält sich entsprechend den ordnungspolitischen Grundsätzen, denen CDU, SPD und FDP gemeinsam zum Durchbruch verhalfen.

Eine alternative Kommunalpolitik für das Ruhrgebiet ist zuerst eine Politik gegen die Konzerninteressen - davon ist niemand weiter entfernt als die Mehrheit der Bürgermeister und Räte im Revier. Der Castroper Magistrat bat bei der BASF um ein Gespräch über die beabsichtigte Stilllegung. Man wird wach, um sogleich wieder in Tiefschlaf zu verfallen und den alten Träumen nachzuhängen. "Aus Rentabilitätsgründen unvermeidbar - wenn wir Castrop nicht schließen, gefährden wir anderswo Arbeitsplätze" - das wird man den Ratsherren als Argument auftischen.

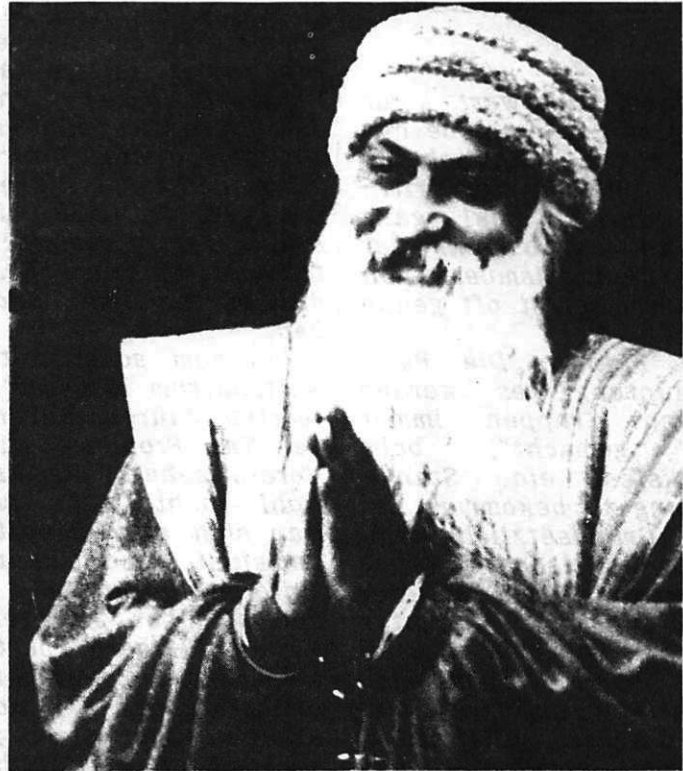
Danach geht alles den gewohnten kommunalpolitischen Gang: Beratung über Ansiedlungen neuer Industriebetriebe, die nicht kommen wollen, weil sie nicht können, Debatten über Wirtschaftsförderungen, die Millionen verschlingen und aussichtslos sind, Wehklagen über steigende Arbeitslosenzahlen und folgende Belastungen des Sozialtats. Aber in Bonn oder Düsseldorf, wo nicht wenige der Kommunalpolitiker ein weiteres Mandat haben, wirft man sich wieder demütig den Konzernen zu Füßen.

Karl R.



DER AUTOR DES JAHRHUNDERTS

400 TITEL IN ALLEN SPRACHEN



schreibt zwar nicht für den

HOLZWURM

Wir haben auch erst cirka 100 Ausgaben in einer Sprache herausgegeben.

Wenn Du trotzdem Lust hast, in unsere Zeitschrift zu gucken, kannst Du entweder

- * ein Probeheft beim Ziegelbrenner Verlag, Münsterstraße 2 a, 4350 Recklinghausen anfordern oder
- * gleich ein Heft für DM 1,50 käuflich erwerben, z.B. an den Kiosken, im Buchladen Attatroll, in der Naturkosthandlung 'Sonnenblume' oder in den Gaststätten '8 bis 8' und 'Drübbelken'
- * oder Du abonnierst den HOLZWURM für 12 Ausgaben, kostet DM 20. Einfach die Abokarte, die dem Heft beiliegt, ausfüllen und abschicken.

Leserbriefe

Betr.: 1. Mai am Ruhrfest- spielhaus

Lieber Hebbert,

in Deinem Vorwort zur letzten Holzwurm-Ausgabe hat Du ja echten Schwachsinn verbreitet. Um es in kritischer Solidarität mal ganz deutlich zu sagen: Das ist Schmierer-Journalismus, den der Holzwurm selbst oft genug anprangert.

Zu den Fakten: Die Pauschalbehauptung, es werden "bestimmten Gruppen immer schwerer gemacht", beim Kulturvolksfest eine Standgenehmigung zu bekommen, ist Quatsch. Grundsätzlich sind nur parteipolitische Stände sowie kommerzielle Anbieter von Modeschmuck, Plakaten etc. ausgeschlossen. Null Probleme haben wir dagegen mit Initiativen und Vereinen, die ihre Arbeit unabhängig von unserem Standpunkt darstellen wollen. Dazu gehören amnesty genauso wie Greenpeace, die vielen Friedens-

und Dritte-Welt-Initiativen, die Arbeitslosengruppen, Frauenzentren, Kirchen und Vereinigungen der Menschen, die hier im Exil leben (um nur einige zu nennen). Und wie immer ist ja auch der Holzwurm dabei. Ich meine, daß diese Gruppen gemeinsam mit den vielen Informationsständen der Einzelgewerkschaften im DGB ein gutes Bild der gesellschaftlich-fortschrittlichen Kräfte in diesem, unserem Lande abgeben.

Nun zum sogenannten "Umweltzentrum Münster". In den letzten Jahren haben wir in der Tat Probleme mit diesem Verein gehabt. Es kann doch wohl nicht wahr sein, daß man sich als "Umweltzentrum" anmeldet und dann einen "Informationsstand" aufbaut, der zu über 80 Prozent aus PVC-Aufklebern besteht. Da sind also die verschiedensten Gruppierungen wochenlang kreativ, um sich möglichst wirksam am 1. Mai darzustellen (und natürlich ein paar Mark zu verdienen), und das sogenannte "Umweltzentrum"

startet mit Mini-Aufwand die große Absahne. Der Kollege des 'Umweltzentrums' der mich in meinem Büro heimsuchte, hat ja auch kein Blatt vor den Mund genommen. Original-Zitat: "Wir haben die Kohle fest eingeplant."

Noch eine persönliche Anmerkung: Ich fühle mich den Umweltschutz-Initiativen (und nicht nur denen) grundsätzlich verbunden. Meine erste, von mir mitinitiierte politische Aktion Anfang der 70er (Jau, weiße noch, Leipzig, einundleipzig; d.S.) war es, den Bau eines Regionalflughafens in unmittelbarer Nähe eines Naturschutzgebietes zu verhindern. Mit Erfolg! Seither weiß ich, daß es harter Überzeugungskraft bedarf, um Umweltschutz in die Tat umzusetzen. Mit Aufklebern allein ist da wenig getan.

Kolegiale Grüße
Günter Isemeyer
Pressesprecher der Ruhr-
festspiele

Lieber Hebbert!

Wie Du schon in Deinem Vorwort zur Maiausgabe ganz richtig bemerktest, scheint es bestimmte Gruppen und Initiativen immer schwerer gemacht zu werden, eine Standgenehmigung für das Kulturvolksfest am 1. Mai zu bekommen. Wir vom Umweltzentrum Münster haben eine Büchertischgenehmigung beantragt; Anfang April wurde uns mitgeteilt, daß wir leider bei der Vergabe von Standplätzen nicht berücksichtigt werden könnten. Da wir uns schon frühzeitig um eine Genehmigung bemüht hatten und auch keine Begründung für die Ablehnung des Antrages gegeben wurde, wandten wir uns an einen Herrn Isemeyer, der für die Erteilung der Genehmigungen zuständig ist.

Er begründete die Ablehnung folgendermaßen: Standgenehmigungen würden nur an Initiativen und nicht-kommerzielle Gruppen vergeben; das Umweltzentrum Münster würde sowieso nur einen Tisch machen, um Aufkleber zu verkaufen; außerdem hätte er mit uns im letzten Jahr Ärger gehabt.

DIE JUGENDGRUPPE
HAT MIR NICHTS GEBRACHT,
DIE MÄNNERGRUPPE AUCH NICHT.
ERST DURCH DIE
POLSTERGRUPPE HABE
ICH ZU MIR SELBER
GEFUNDEN



Das Umweltzentrum Münster ist ein eingetragener Verein, kann also gar nicht kommerziell arbeiten; Aufkleber verkaufen wir auch, aber weder einen ganzen Büchertisch voll noch ausschließlich, genauso gibt es bei uns Bücher, Broschüren, aktuelle Info-Dienste und Flugblätter; und daß Herr Isemeyer im letzten Jahr auf dem Mai-Fest Ärger gehabt hat, können wir uns gut vorstellen, aber wohl nicht mit uns - wir waren nämlich gar nicht da.

Ein Brief an den Chef von Herrn Isemeyer, Verwaltungsdirektor Groh, der die Unterstellungen und Lügen klarstellte, blieb ohne Wirkung, man wies die Vorwürfe lapidar zurück. Wir sind trotzdem am 1. Mai nach Recklinghausen gefahren, weil wir es uns nicht verbieten lassen, unsere Informationen zu verbreiten.

Es war Herrn Isemeyer augenscheinlich eine Freude, uns und einen Stand der MLPD als "Hausherr" rauschmeißen zu dürfen. Damit er sich dabei nicht noch die Hände schmutzig machen mußte oder vielleicht seine Entscheidung uns gegenüber auch selbst vertreten hätte müssen (wozu er ja auch nicht in der Lage gewesen wäre), brachte er sich gleich einen Schwung DGB-Ordner mit, denen er die Anweisung erteilte, uns und den Stand der MLPD zu entfernen. Als das nicht klappte, entblödete er sich nicht, die Polizei zu holen, um "sein Hausrecht" durchzusetzen.

Naja, es ist halt schick als "progressiver Kulturschaffender", ach so kritische Theaterstücke anzusetzen, man ist kritisch, engagiert (auch wenn die langen Haare nicht mehr ganz zu Leder sessel und Schreibtisch passen), "link(s)" und stets der eigene Bulle im Haus.

Und die von der Gewerkschaft geforderte "Solidarität in allen Bevölkerungsgruppen" scheint auch nur zu gelten, wenn mal wieder die Unterstützung eines Streiks angesagt ist...

Noch kurz zu uns: Wir haben im Umweltzentrum in den letzten sieben Jahren ein umfangreiches Archiv mit



etwa 3.000 Titeln aufgebaut. Es gliedert sich in folgende Bereiche: Ökologie, Anti-AKW, Frauen, Kriminalisierung, Ökonomie/Kampf der Arbeit, Gesundheit, Anti-Militarismus, Theorie/Philosophie. Außerdem beziehen wir regelmäßig ca. 150 Zeitschriften. Das alles kann bei uns eingesehen, kopiert, z.T. ausgeliehen oder gekauft werden. Niemand von uns will für seine Arbeit bezahlt werden, Zuschüsse bekommen wir nicht - das Ganze macht aber eine Menge Unkosten und so sind wir auch auf die Erlöse von solchen Büchertischen angewiesen. Viele Gruppen und Initiativen ergreifen ja die Gelegenheit, am 1. Mai nicht nur zu informieren, sondern auch durch Verkauf einen Teil ihrer Arbeit zu finanzieren. Wir begreifen daher solche Aktionen wie die von Herrn Isemeyer auch als Zensur und den Versuch, bestimmte Meinungen zu unterdrücken und mundtot zu machen.

Wer bei uns mal reinschauen möchte: Umweltzentrum e.V. Scharnhorsterstr. 57 in Münster, Di, Mi 15-18.00 und Do 13-18.00, Tel. 0251/521112

Andreas
für das Umweltzentrum

P.S.: Nicht vergessen! 13.6. Großdemo in Gronau - Kontakt über uns.

**Betr.: Internationaler
Frauentag,
Heft 4/87**

Mit gemischten Gefühlen habe ich die Nachlese zur Veranstaltung zum Internationalen Frauentag im Depot, die der DGB Recklinghausen durchführte, gelesen. Sicher ist einige Kritik, insbesondere an den Räumlichkeiten und der fehlenden Kinderbetreuung gerechtfertigt. Nur, ich frage mich - ist das wirklich in dieser Form erforderlich?

Wahrscheinlich ist die Veranstaltung im Depot von einigen wenigen DGB-Frauen organisiert worden. Wahrscheinlich haben diese Frauen dort, wo sie sich für die Belange von Frauen einsetzen genauso gegen Vorurteile und Vorbehalte zu kämpfen, müssen sich gegen Unverständnis durchsetzen, wie jede Frau, die sich für Rechte von Frauen, für Gleichbehandlung und Gerechtigkeit für Frauen einsetzt, statt sich, wie es sicher von vielen gewünscht würde, still und brav mit den Ungereimtheiten abzufinden oder sich allenfalls karitativ für andere einzusetzen.

Anke wird wissen, daß der Einsatz für Frauen mit vielen Schwierigkeiten verbunden ist, gegen welche Wände Frauen ständig rennen und

wieviele Wunden frau sich dabei holt, wieviel Kraft und Ausdauer der ganze Einsatz kostet.

Deshalb stellt sich mir die Frage, warum sie, als - ich gehe davon aus - ebenfalls frauenbewegte Frau, nichts besseres zu tun hat, als andere Frauen in aller Öffentlichkeit runterzumachen. Solidarität wäre da sicher eher am Platze. Ich kann mir vorstellen, daß sich die DGB-Frauen auch lieber was anderes wünschen würden als das, was sie dort im Depot auf die Beine stellen konnten. Warum kritisiert Frau Frau? Wo sie doch eigentlich die gleichen, oder zumindest sehr ähnliche Ziele verfolgen.

Es ist und war kennzeichnend für die fortschrittlichen Kräfte, sich nicht einig zu sein, statt sich den wirklichen Gegnern entgegenzustellen, sich lieber gegenseitig zu "zerfleischen". Klar, über Veränderungen kann man und frau geteilter Meinung sein. "Wohin soll der Weg führen - Welcher ist der richtige Weg dorthin?" Konservative Kräfte haben es da einfacher. Die

brauchen sich nicht darüber streiten, wie das, was sie erhalten wollen gestaltet sein soll. Was erhalten werden soll, ist schon vorhanden. Da stellt sich die Frage nach dem "Wohin" erst gar nicht. Daß die Uneinigkeit Fortschrittlicher die Konservativen stärkt, ist klar. Die reiben sich die Hände. Wie stark wären alle "Fortschrittlichen" zusammen, was könnten sie alles erreichen, wenn sie sich doch nur einig darüber wären, wer eigentlich der "Gegner" ist.

Aber nun zurück zum Artikel. Klar, bei den Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag in einigen Nachbarstädten, z.B. in Hertent, war mehr los als in Recklinghausen. Es wäre auch nicht sinnvoll gewesen, gleichzeitig in Recklinghausen einen ebensogroßen "Frauentag" aufzuziehen, zumal jede Recklinghäuserin ohne große Schwierigkeiten nach Hertent gelangen und dort an den Veranstaltungen teilnehmen konnte. Gleiches oder Ähnliches auch zur selben Zeit in Recklinghausen aufzuziehen,

halte ich 1. für Verschwendung von Kräften und 2. für Unsinn, weil dann viele Frauen sich zwischen zwei interessanten Veranstaltungen, die gleichzeitig ablaufen, hätten entscheiden müssen.

Womit ich jedoch nicht sagen will, daß ein großes Frauenfest in Recklinghausen nicht auch durchgeführt werden sollte. Nur, dafür wäre die soeben eingeforderte "Solidarität" nötig. Auch die "Hertener Frauenkulturtage" konnten nur zustande kommen, weil sich sehr viele, durchaus unterschiedliche Frauengruppierungen, darüber einig waren, daß sie ein Fest gemeinsam veranstalten wollten.

Außerdem war, soweit wie ich es gesehen habe, auf der Veranstaltung im Depot kein Stand der SPD, sondern eine örtliche ASF-Gruppe (Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen) vertreten, die die Ergebnisse ihres Projektes zum umweltfreundlichen Umgang mit Reinigungsmitteln im Haushalt vorstellte.

Ich kann mir nicht helfen. Ich wünsche mir ein wenig mehr Solidarität unter Frauen, insbesondere unter den frauenbewegten!

Und darüber hinaus bin ich froh, daß es in Recklinghausen überhaupt eine Veranstaltung zum 8. März, dem Internationalen Frauentag, gibt. Ich danke deshalb den Veranstalter(inne)n, daß sie den "Tag" organisiert haben. Es gibt auch Städte in der Nachbarschaft - und nicht nur da - wo es keine Veranstaltungen an diesem Tag gab.

Eva Carlitscheck



**Betr.: Aids-
Erlaß**

Der Anti-AIDS/Ausländererlaß des Herrn Zimmermann, nachdem Ausländer bei "begründetem Verdacht" auf eine Infektion mit dem AIDS-Virus die Einreise in die BRD verwehrt

werden kann, ist der neueste und erschreckende Ausdruck einer offiziellen, d.h. staatlich geschürten Ausländerfeindlichkeit. Dabei ist einerseits die auch vom Gesundheitsministerium verworfene Vorstellung, man könne sich mit administrativen Mitteln gegen eine AIDS-Ansteckung wehren, absurd, andererseits die Diffamierung der Ausländer als Risikogruppe empörend. Aber nicht in der Unsinnigkeit und/oder der moralischen Verwerflichkeit eines solchen Erlasses liegt die Gefahr, sondern - die der Kommentator in der 'Recklinghäuser Zeitung' am 15.5. richtig feststellt - in der Tatsache, daß hier zwei für die öffentliche Meinung "hochbrisante Themen zu einem explosiven Gemisch verührt" werden.

Der tödliche Krankheitsverlauf von AIDS wird zu der



Formel umstrukturiert: Ausländer = AIDS = Lebensgefahr. Das Tragische an solcherlei Verleumdung ist, daß dererlei Phrasen in ein soziales und politisches Klima fallen, in denen sie zu verfangen scheinen, d.h. in denen an den so mit Dreck beworfenen schon irgendetwas hängen bleiben wird. Und es mag dem aufmerksamen Beob-



achter auch nicht als Zufall erscheinen, daß diese Zimmermannsche Umgangsweise mit Ausländern bereits seit Wochen von Neonazis eingefordert wird.

So schrieb ein einschlägig bekannter Recklinghäuser schon am 13.2.87 in einem Leserbrief an die 'Recklinghäuser Zeitung': "Zu untersuchen ist auch, ob mit dem Asylantenzustrom vor allem aus Afrika gesundheitliche Risiken für unsere einheimische Bevölkerung verbunden sind." Die Parallelen sind verblüffend und verdeutlichen, daß die Zielrichtung auch der ministeriellen Verordnung nicht "die Ausländer" sind, sondern daß bestimmte Menschen ausgegrenzt und von der neuen Bestimmung verfolgt werden: die Afrikaner, Türken ... alle die, die hier ihre sozialen Rechte einfordern könnten und das Bild nationaler Gleichheit stören. Gemeint ist offensichtlich nicht der selber infizierte Amerikaner, der erst kürzlich wegen seiner Ver-

dienste um die AIDS-Aufklärung vom Bundespräsidenten mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde.

Grundsätzlich ist es bezeichnend für die Situation der Ausländer in der BRD, daß für den Anti-Ausländer/AIDS-Erlaß kein neues Gesetz geschaffen werden mußte. Der § 10 des Ausländergesetzes ermöglicht die Vorgehensweise Zimmermanns rechtlich. Das verdeutlicht die ungeheuer schlechte Stellung der Ausländer bei uns und zeigt, mit welcher Selbstverständlichkeit demokratische Rechte je nach politischem Gutdünken eingeschränkt werden, und spätestens das betrifft und schließlich alle.

Martin Uphoff
Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit

Hausbesetzung:

Am Abend des 3. Mai 1987 besetzte eine Gruppe von Punks das im städtischen Besitz befindliche Haus, Bochumer Str. 38. Nicht ganz 5 Tage dauerte die vierte Hausbesetzung in Recklinghausen. Die Stadt stellte Strafantrag wg. Hausfriedensbruchs und am 7. Mai um 5 Uhr morgens war der Traum von einem Treff für die Recklinghäuser Punks erst einmal ausgeträumt. Das Haus wurde von der Polizei geräumt und von einer Baukolonne unbewohnbar gemacht.



Von den Punks besetztes Haus, Bochumer Str. 38

Stadtverwaltung geht mit aller Macht auf die Punker zu

Vor nun ziemlich genau einem Jahr, am 1. Mai 1986 traten die Recklinghäuser Punks zum ersten Mal mit der Forderung nach einem eigenen Treffpunkt an die Öffentlichkeit.

Vorangegangen war u.a. ein brutaler Polizeinsatz gegen eine Pnkerfete und permanenter Streß mit der Polizei und Geschäftsleuten an den Treffpunkten der Punks, insbesondere auf dem Platz vor dem Löhrhofcenter und auf dem Marktplatz.

Nachdem ihre Forderung offenbar ungehört verhallt war, entschlossen sich die Punks zu einem, auf den ersten Blick ganz und gar nicht ihrer Lebensphilosophie entsprechenden Schritt; sie stellten einen Bürgerantrag an die Stadt, in dem sie ihrer Forderung nach Überlassung städtischer Räume als Treffpunkt Nachdruck verliehen. *„In städtischen und kirchlichen Räumen haben wir keinen Platz gefunden. Wenn wir uns in der City aufhalten, regen sich die anliegenden Geschäftsleute auf. Doch auch wir sind Bürger dieser Stadt und wir sehen nicht ein, wie man uns weiter schikaniert, diskriminiert und kriminalisiert. Wir wollen in Ruhe unsere Freizeit selbst gestalten und sehen es daher für alle Seiten (Geschäftsleute, Polizei, Politiker und Punks) als das Beste, wenn die Stadt Recklinghausen uns ein geeignetes Haus zur Verfügung stellt. Wir wissen, daß es solche Häuser im städtischen Besitz gibt, die ungenutzt herumstehen und nicht benutzt werden...“*

Doch die Stadt zeigte sich an einer Lösung des Problems herzlich wenig interessiert. Es fand zwar ein Gespräch zwischen den Punks und Vertretern der Parteien, der Stadtverwaltung und der Wohlfahrtsverbände statt, aber im Herbst 1986 beschloss dann der Rat, daß es keine geeigneten städtischen Häuser gäbe.

Nach Meinung der Punks war dem nicht so. Sie schlugen der Stadt das Gesterkamp Haus hinter der Schulpsychologischen Beratungsstelle an der Herner Straße vor und zeigten sich auch zu Mietzahlungen und Renovierungsarbeiten bereit. Nichts geschah.

Einige Zeit später statteten die Punks dem Liegenschaft-

samt einen Besuch ab und erkundigten sich nach einem leerstehenden städtischen Wohnhaus am Kanal in der Nähe der Stadtgrenze zu Herne. Am Tage darauf wurde das Haus durch Demontage des Treppenhauses unbewohnbar gemacht. Der Einzige konkrete Vorschlag der Stadt war bisher das Angebot von Wohnungen (wohlgemerkt Wohnungen, nicht Treffpunkt) in der Obdachlosensiedlung Strünkedestraße.

Jetzt reicht's: Hausbesetzung an der Bochumer Straße

Die Häuser Bochumerstraße 38-42 waren 1976 von der



Die Polizeihorde kurz vor der "Erstürmung" des Hauses

Hausbesetzung

Stadt erworben worden, um sie beim Bau einer U-Bahn-Strecke von Herne nach Recklinghausen abzureißen. Die U-Bahn-Pläne sind längst vom gähnend leeren Stadt-säckel gestoppt worden und seit dem gammeln die alten Häuser von denen inzwischen zwei leerstehen vor sich hin.

Das änderte sich, als die Punks am Abend des 3. Mai in das Haus Nr. 42 einzogen.

»Wir sind auch Recklinghäuser. Jetzt reicht. Wir haben die Schnauze voll. Wir fordern unser Haus, wo wir uns treffen und eventuell

auch wohnen können, wo uns die Polizei keine Platzverbote erteilt, uns weggagt und wo wir unsere Ruhe haben.«

Mit diesen Worten machten die Punks ihrem Unmut gegenüber der Stadt Luft, die hier mal wieder versucht hat, Probleme durch aussitzen zu lösen. Während sich die Punks mit Unterstützung von Nachbarn und Sympatisanten häuslich einrichteten, gab sich Bürgermeister Jochen Welt am 5.5. gegenüber der WAZ noch zurückhaltend: *»Wir suchen das Gespräch und warten erst mal in Ruhe die Entwicklung ab.«*

Das Gespräch war bald gefunden. Schon am nächsten Tag traf sich eine Abordnung der Hausbesetzer mit Stadtdirektor Borggraefe und dem ersten Beigeordneten Theo Ramhorst. Aber statt einer konstruktiven Diskussion über die Möglichkeiten, das Problem zur Zufriedenheit aller zu lösen, gab's nun ein Ultimatum, das Gebäude bis um 20.00 Uhr zu räumen und das Versprechen in diesem Fall die gestellten Strafanträge wegen Hausfriedensbruch zurückzunehmen. Die Punks indes schlugen das großzügige Angebot der Stadt aus und ließen durchblicken, daß sie nicht daran dächten freiwillig wieder abzuziehen.

Unterstützung bekamen die Punks u.a. auch von den Recklinghäuser GRÜNEN, die eine Fraktionssitzung in dem Haus abhielten, um mit den Hausbesetzern über ihre Situation zu diskutieren.

Ein Verhalten, das Jochen Welt in einem Schreiben an die Fraktion als "schlichtweg skandalös" bezeichnete. Die GRÜNEN, so der Bürgermeister, seien nicht an der Lösung gesellschaftlicher Probleme interessiert sondern am Aufheizen von Stimmungen und Konflikten.

Aber bekanntlich sollte der, der im Glashauss sitzt, nicht mit Steinen schmeißen. Offensichtlich war mit dem Ultimatum das Potential an Konfliktlösungsmöglichkeiten, das dem Recklinghäuser Bürgermeister und studiertem Sozialarbeiter, Jochen Welt, zur Verfügung steht, ausgeschöpft.

Ähnlich wie sein Vorgänger Wolfram legte er den Punkern noch *»das umfangreiche städtische Angebot für alle Jugendlichen mit Freizeitstätten und Häusern der offenen Tür«* (RZ 7.5.87) ans Herz.

(Wo lebt dieser Mensch eigentlich?)

In nur zwei Tagen war der Schwenk vom Softy zum Hardliner vollzogen. Am 7.5., um kurz vor 5 Uhr morgens trat der Polizei knüppel in Aktion. Mit einem Aufgebot von 80 Beamten wurden die 11 Besetzer/innen (8 Männer und 3 Frauen) im Alter von 18-25



Während der Räumung

Presserklärung der GRÜNEN

An der Bochumer Str. sind in den letzten Tagen zwei große Probleme zusammengekommen, und die Stadtspitze hat bei beiden ihre sozialen Verpflichtungen gröblich vernachlässigt:

1. Durch unterlassene Instandsetzung ist sehr preiswerter öffentlicher Wohnraum zerstört worden (entgegen unserer Forderungen)!

2. Unter Verletzung der Fürsorgepflicht wurde friedlichen Jugendlichen, die allein durch ihr Äußeres auffallen oder abschrecken (Herr Welt sollte sich mal seine Fotos aus den 60er Jahren in Erinnerung rufen!), ihre berechtigten Forderungen nach einem sozialen Zentrum und dazugehörigen Wohnraum verweigert und die Gelegenheit, Jugendliche eine sinnvolle Beschäftigung zu verschaffen, verpaßt. Denn die Punks wollten nicht auf lau dort wohnen, sondern das Haus instand setzen und diesen Arbeitseinsatz gegen Miete aufrechnen. Diese jungen Leute sind keine Sozialfälle und brauchen keine Beaufsichtigung, sondern sie suchen ihr Recht auf einen selbstverwalteten Treff und auf eine sinnvolle Beschäftigung zu verwirklichen. Bereits bestehende Jugendzentren sind entweder ohnehin überfordert vom Rausschmiß bedroht (BBZ) oder für Punks gesperrt (Schmiede). Alles andere, was die Stadt sagt, ist schlichtweg falsch.

Statt bei diesen Problemen unbürokratisch und enga-

giert zu helfen, werden die jungen Leute kriminalisiert (erkennungsdienstliche Behandlung bei der Räumung, Bespitzelung mit versteckter Kamera etc.) Menschen, die sich mit ihnen solidarisieren, werden ebenfalls mit Strafanträgen bedroht.

Und die Behauptung, die GRÜNEN hätten zu Straftaten aufgerufen, ist einfach eine Verleumdung und Teil einer Hetzkampagne.

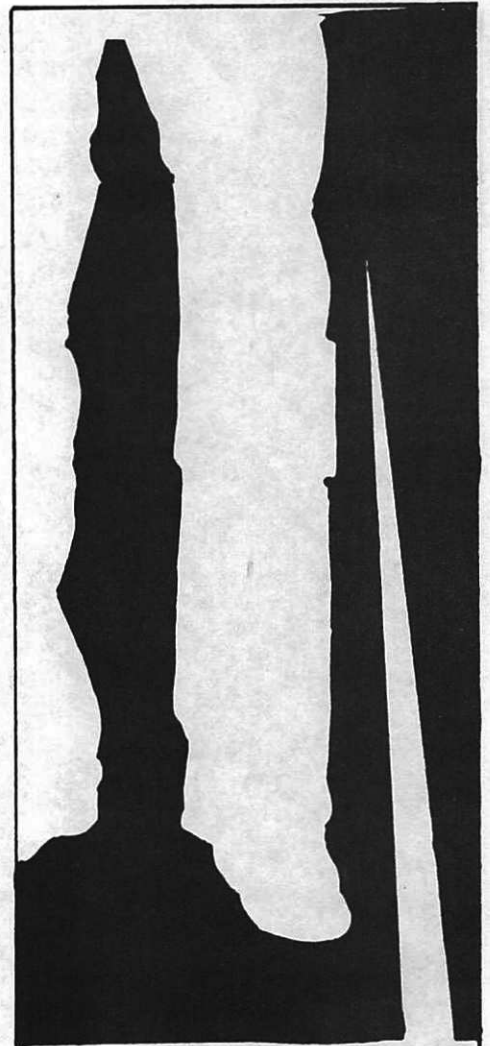
Die Besetzung war eine unorganisierte Aktion der Punks, und die GRÜNEN haben sich mit ihnen solidarisch erklärt, haben die Besetzer besucht und mit ihnen gesprochen (während eines Ortstermins vor der Fraktionssitzung am 6.5.87). Dazu stehen wir auch, und wir fordern die Stadt auf, alle Strafanzeigen zurückzunehmen und statt dessen den Jugendlichen wirklich zu helfen, ihnen also geeigneten Raum zur Verfügung zu stellen.

Zum Schluß noch eine besonders wichtige Befürchtung:

Die Punks wollen keine Randalen und haben sich gewaltfrei wegtragen lassen. Die Stimmungsmache gegen diese jungen Leute hat aber dazu beigetragen, daß Neo-Nazis und Skinheads, bewaffnet mit Baseballschlägern, aufgetaucht sind und offensichtlich ohne große Sorgen um die Polizei den Punks aufgelauert haben, sie fotografiert haben.

Schlimme "Verbündete", die man hervorgeholt hat! Hier müsste genauer hingeschaut werden, um Schlimmeres zu verhüten!

■ ■ ■



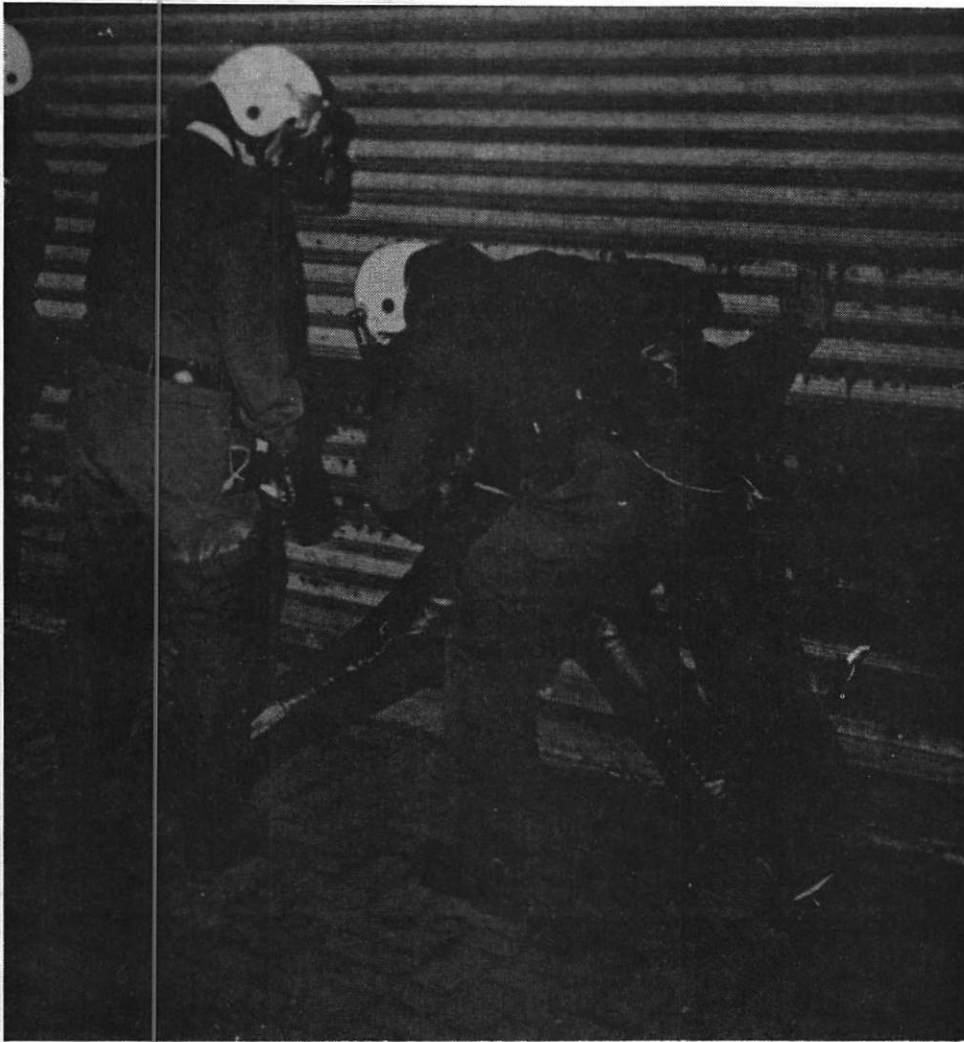
Holzworm

Abo...
Wie geht das?

Ganz einfach...
diesem Heft
liegt eine Abo-
karte bei

Jahren, aus ihren Träumen gerissen. Widerstandslos ließen sie sich aus dem Haus führen. Alle wurden vorläufig festgenommen, fotografiert und zum Polizeipräsidium ge-

bracht, wo sie einer Erkennungsdienstlichen Behandlung unterzogen wurden (u.a. Abnahmen von Fingerabdrücken), bevor sie wieder auf freien Fuß gelangten. →



Während der Räumung

Direkt nach der Räumung rücken Baufahrzeuge der Firma Tillmann an - Maurerkolonnen reißen die Fenster heraus und mauern die unteren Stockwerke zu.



Kaum war das Haus geräumt, trat eine Baukolonne in Aktion. Sämtliche Fenster der Häuser Nr. 40 und 42 wurden herausgebrochen und nur in die ersten beiden Etagen wieder zugemauert. Ausgeführt wurden die Arbeiten ausgerechnet von der Firma, die in Sachen Hausbesetzung den meisten Dreck am Stecken hat. Zur Erinnerung: Am 16.05.1981 wurde das über ein Jahr leerstehende Haus, Herner Str. 53a, besetzt. Eigentümer des Hauses war Erich Büchte, seines Zeichens Geschäftsführer und Hauptanteilseigner der Baufirma Tillmann. Dieser gab vor, auf dem Grundstück Wohnungen für seine Mitarbeiter errichten zu wollen. Nach 10tägiger Besetzung wurde das Haus geräumt. Errichtet wurde bis heute (rund 6 Jahre danach) nur ein Bauschild. Derselbe Erich Büchte, der schon damals die Öffentlichkeit mit falschen Behauptungen hinter's Licht führte, verdient sich heute mit der Vernichtung von billigem Wohnraum eine goldene Nase. Makaberer Zufall oder Recklinghäuser Klüngel?

Nun stehen sie wieder leer, die alten Häuser. Die Punks sind um eine Erfahrung und eine Strafanzeige reicher. Und wenn die, von den GRÜNEN initiierten parlamentarischen Nachbeben vorbei sind, wird wieder fast alles so sein wie ehemals. Mensch darf gespannt sein, wann die nächste Meldung von gutsituierten Bürgern und Geschäftsleuten in den Schlagzeilen auftaucht, die sich schon über die bloße Anwesenheit der Punks mokieren.

■ ■ ■

BLEIWÜSTE

Erinnerungen an die russische Literaturtheorie

Wenn man sich ernsthaft mit den politischen Veränderungen in der UdSSR, die durch das Reformprogramm von M. Gorbatschow vorangetrieben werden beschäftigen will, muß man erkennen, daß die Bewegungen im Osten vielschichtig vonstatten gehen. Einen ersten groben Überblick auf diese Entwicklungen habe ich mir in der Bleiwüste vom April unter dem Titel 'Staat und Reform' zu verschaffen versucht. Dieser erste Blick reicht jedoch keinesfalls aus, um genauere Erkenntnisse zu Tage fördern zu können. Aus diesem Grunde möchte ich noch ein weiteres Mal eine diagnostische Betrachtung wagen. Während es mir im April um die Untersuchung des Staatsapparates ging, der maßgeblich unter Stalin den Kommunismus allenfalls als eine "Verwaltungsmaßnahme" betrieb, wie H. Marcuse in seinem Buch über den 'sowjetischen Marxismus'schrieb, möchte ich nun eine Betrachtung über die Möglichkeiten der russischen Literatur und ihrer Theorie anstellen. In dem Verhältnis der Mächtigen zur Kunst zeigte sich immer schon der Grad an Liberalität und Aufklärungsgest eines Staates. Man darf sich auch hier nicht auf aktuelle und punktförmige Tendenzen beschränken; der

Blick in die Tradition eröffnet erst eine deutliche Perspektive.

Aktuelleres

In der stalinistischen und nachstalinistischen Ära war es durchgängig an der Tagesordnung, daß der Staat die ihm unbequemen Literaten entweder töten ließ (wie z.B. den Lyriker O. Mandelstam), oder sie aus dem Land verbannte. Jene Bilder der exilierten A. Solschenizyn und L. Kopelew, die beide bei H. Böll eine erste Zuflucht fanden, sind uns noch deutlich in der Erinnerung. Die Ausdünnung des literarischen Niveaus in Rußland führte - ähnlich wie in Deutschland unter Hitler - zu einer Verflechtung in trübe und fade Gewässer. Diese Entwicklung zeitigte nachhaltige Folgen in der sowjetisch orientierten Literaturtheorie. Wenn nämlich die Literatur miserabel ist, kann auch deren Theorie nicht besser sein. Bereits in den 50er Jahren versuchte G. Luács unter Rückgriff auf die 'Widerspiegelungstheorie' von Lenin eine Ästhetik des 'sozialistischen Realismus' aufzustellen. Viel kam dabei nicht heraus; Lukács war genötigt große Künstler im Bereich der europäischen Moderne, wie F. Kafka, G.

Benn und später S. Beckett als "abnormal" zu titulieren. Ein heimlicher Konservatismus schlich sich so in die Sicht der Dinge. Die offizielle russische Literatur und ihre Theorie gebärdete sich als rückständig und war für eine Diskussion in europäischen und amerikanischen Kontexten daher unakzeptabel geworden. International mußten die Mächtigen der UdSSR von den Vorräten zehren: Tolstoi, Turgenjew, Dostojewski, allenfalls noch Gorki. Neue Künstler ließen sie nicht zu; wider Willen betrachteten sie den Aufschwung der kritischen Exilliteratur im Ausland.

Das Gorbatschowsche Reformprogramm hat sich nun das Ziel gesetzt, diesem Mißverhältnis ein stetes Ende zu bereiten. Die Liberalisierung gegenüber der kritischen russischen Bildungsschicht (z.B. A. Sacharow) wird auch auf den Bereich der Literatur ausgedehnt. Neues soll nun entstehen dürfen, verstoßene Söhne sollen heimkehren. Eine der sensationellsten Nachrichten ist die Ankündigung, daß B. Pasternaks Roman 'Doktor Schiwago' demnächst in der UdSSR erscheinen soll. Seit 30 Jahren ist dieses Werk, das keineswegs so schnulzenhaft ist, wie der

gleichnamige Film, in der UdSSR verboten. H. Bienek erinnerte unlängst nach einer Neulektüre an die Meisterklasse dieses Werkes, für das Pasternak der Nobelpreis zugesprochen wurde. Er mußte ihn aber ablehnen; die Macht war dagegen. Trotz des heute erfreulichen Gesinnungswandels in Rußland, läßt sich global betrachtet eine gewisse Willkür in der Sache nicht verbergen. Zynisch gewendet: Wenn die Mächtigen die Kunst brauchen, loben sie sie, wenn nicht wird sie mundtot gemacht, oder ganz ausradiert. Posthum wird der Künstler wieder zum Leben erweckt - aber wie lange? Hoffentlich für immer!

Es ist zu hoffen, daß die Russen in Zukunft viele von denen wiederentdecken werden, die gegen die verordnete Kultur des Stalinismus opponiert haben. An eine solche Figur, die die 'Ästhetik des Widerstands' vorangetrieben hat, möchte ich im folgenden erinnern. Es ist der russische Literaturtheoretiker Michail Bachtin.

Tradition

Die Literaturtheorie von M. Bachtin besteht im wesentlichen aus zwei Werken. Eines über Dostojewski (1929), das andere über den französischen Humanisten und Satiriker Rabelais (1940). Bachtin lebte und arbeitete in jener Stalinzeit, in der auch Lukás als Parteiästhetiker die europäische Moderne zum Teufel jagte. Später, während seiner Verhaftung in Rumänien soll Lukás dann geäußert haben, daß er nun wisse, daß Kafka doch ein realistischer Schriftsteller sei. Kafkas Joseph K. hatte sich in Georg L.(ukás) verwandelt. - Im Gegensatz zum Gepolter der offiziellen Ideologiekritik, wie sie in der westlichen Welt von Brecht in immergleich nervtötender Manier fabriziert wurde, war die Gesellschaftskritik Bachtins sublimier und doch durchdringend. Er verstand sein Handwerk, das Klappern, mit der Trommel

BLEIWÜSTE

und das Ballern mit dem Browningsrevolver hatte er nicht nötig. Dennoch witterten die stalinistischen Kulturverwalter Böses, so daß sie Bachtins Bücher verboten, oder gar nicht erst zum Druck freigaben. Bachtin hatte auf hintergründige Weise zwei offene Wunden der zeitgenössischen Kultur berührt. Zum einen richtete er sich gegen den monologisierenden Roman, zum anderen gegen die Lachfeindlichkeit.

Dostojewski und der polyphone Roman

Die Romanciers der Stalinzeit stillisierten sich selbst zu

distanzierte sich von dem Koloß des monologisierenden Romans und eröffnete die Kreation des Kurzromans. Der Verzicht auf eine vollständige Erklärung der Welt, die sich nicht mehr in ein ganzes Ideologiebild fügen sollte, war die neue Alternative.

b) Ein anderer, formal aber konservativ verbleibender Ausweg aus der stalinistischen Literatur wurde von A. Solschenizyn beschritten. Der Monolog bleibt, nur der Monologist wird ausgewechselt. Das Frühwerk über 'Denissowitsch', welches in der Essenz bereits die drei Bände des 'Archipel Gulag' in sich trägt, die 'Krebsstation' und das 'Lenin'-Buch, sowie die halbfertigen Monumentalknoten

BLEIWÜSTE

allwissenden, den Erzählstrom und damit die Darstellung der gesellschaftlichen Verhältnisse beherrschenden Wächtern. Der auf diese Weise zum Ideal erhobene Langroman, und der Typus des monologisierenden Autors waren den Werken von Tolstoi abgeschaut, blieben aber diesen gegenüber äußerlich und oberflächlich, da sie an aller erster Stelle nicht Kunst sein sollten, sondern Fabrikanten der stalinistischen Doktrin. Risse und baufällige Seiten des Systems wurden so über-tüncht. - Eine sich davon absetzende 'Ästhetik des Widerstands' läßt sich in vier Strömungen unterteilen.

a) Die Erzählergeneration der Nachstalinzeit (ab 1955)

über die russische Revolution - alle Werke bleiben den Monologismus verhaftet.

c) Eine weitere Alternative zur herrschenden Kultur wurde bereits in den 20er und 30er Jahren entwickelt. Die russischen Formalisten Tretjakow, Majakowski und allen voran V. Schklowski versuchten durch die Montage (in Film und Literatur) und die Fragmentorganisation neue explosive Wahrnehmungsweisen zu eröffnen. So wurden das epische Theater und die Verfremdungsform erfunden. Brecht hat beide Elemente erst 1932 bzw. 1935 nach längeren Aufenthalten in Rußland exportiert.

d) Das vierte und letzte

BLEIWÜSTE

BLEIWÜSTE

Gegenmodell zum monologisierenden Roman wurde von M. Bachtin entworfen. Bachtin entdeckte den 'polyphonen Roman' als dessen Erfinder er Dostojewski preist. Im polyphonen Roman koexistieren mehrere Personen, viele Stimmen mit der des Autors, ohne dem Monolog unterworfen zu sein. Die polyphone Welt von Dostojewski erweist sich als produktiv und reichhaltig, nicht ein(mono) - sondern viel(poly)-stimmig, weshalb sie sich gegen eine eindeutige politische Einverleibung sperrt. Die Literatur- und

Rabelais und die Lachkultur

Eine Folgeerscheinung der monologischen Parteikultur ist nach Bachtin eine extreme Lachfeindlichkeit. Dieser stellt er eine Lachkultur entgegen, deren Humor und anarchistischer Spott eine lebendige und polyphone Alltagskultur auszeichnen soll. Bachtin betrieb eine Analyse der alteuropäischen Gesellschaften, deren Kulturen zweigespalten waren: einerseits die ernste andererseits

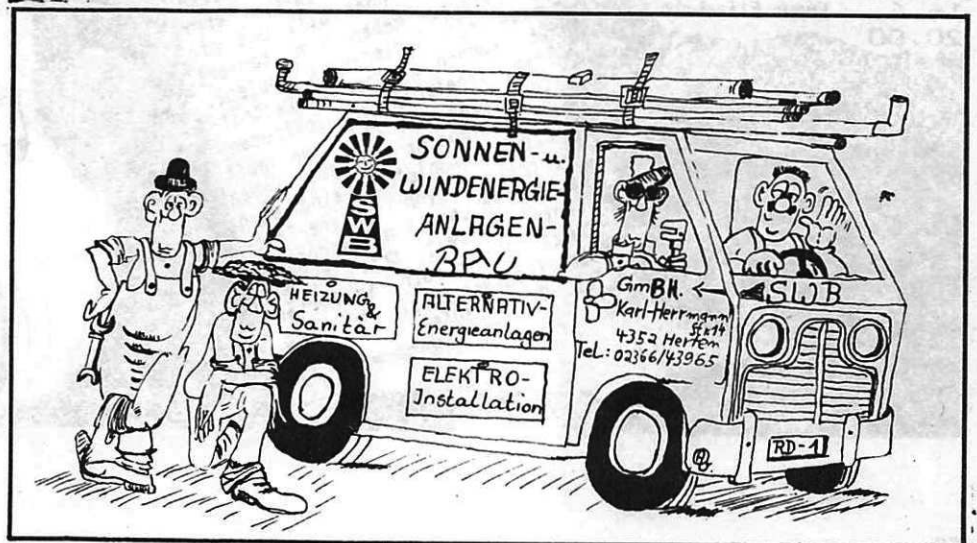
des Leibes, der der Ökonomie nur als natürliches Instrument des Menschen galt, werden sexualutopische Energien frei. Manch exotische Vision eines G. Bataille ist bei Bachtin bereits ausschnitthaft vorweggenommen. Das Lachen ermöglicht eine Distanz zu sich, ein anarchistisches in-Frage-stellen einer Gegebenheit, die als unverrückbarer Ernst der Ratio daherkommt. Diese Einsichten, die Bachtin im fernen Rußland auf den Nenner brachte, können mit denen von Freud und Plessner im selben Atemzug genannt werden.

Jene Form von Öffentlichkeit und Demokratie, die in der UdSSR heute verwirklicht werden soll, beschreibt eine Abkehr von der repressiven Staatskultur, die im monologischen Einheitsbrei des Stalinismus ihren bitteren Ernst erhielt. Demokratisch kann eine Kultur nur sein, wenn sie die Vielfältigkeit aller kreativen Potentiale der Alltagswelt ist. Überstarke Eindeutigkeiten, die all zu oft erzwungen und daher monoton werden, sowie Ausgrenzungen derer, die sich der Einheitslinie nicht fügen, müßten sich in eine Vielstimmigkeit und Vielfältigkeit verwandeln. M. Bachtin vertrat diese Idee bereits vor Jahrzehnten.

BLEIWÜSTE

die Lachkultur. Die ernste Kultur war repressiv, sie repräsentierte den Staat und die Kirche: Die Lachkunst war oppositionell und utopisch, als eine Kultur der Massen und des Volkes. Der Höhepunkt der Lachkultur gipfelt in der Renaissance, der Literatur von Rabelais. Das Lachen untergräbt eine sich als fest wählende Ratio, indem es die Explosivität auf den Leib und all das, wie Bachtin sagt, "was die Grenzen des Leibes überschreiten will" ausdehnt. Mit der Befreiung

Erzähltheorie in Frankreich (besonders P. Ricoeur) verdankt Bachtin die Einsicht über die vielstimmige Produktivität der Sprache, die stets über sich hinausweist und neuen Sinn erschließt, auch politischen Sinn. Bachtin suchte in der Sprache des Dialogs die wirkliche Alltags-sicht der Menschen, in der Hoffnung dort Widersätze gegen das monologe Weltbild von Oben zu finden. Mit Bachtins Worten: "Das wirkliche Leben der Personen ist nur im Dialog zugänglich, den sie sich antwortend in Freiheit öffnet."



Theater im Depot

Mo, 1.6. Kiri, watn Zirkus 19.30
 Mi, 3.6. Kiri, watn Zirkus 20.00
 Do, 4.6. Fließband Lapaloma 20.00
 Fr, 5.6. Fließband Lapaloma 20.00
 Mo, 8.6. Happy Jack 20.00
 Mo, 8.6. An Tage, da die schöne Welt für uns begann... 19.30 Kunsthalle
 Di, 9.6. Happy Jack 19.30
 Di, 9.6. An Tage, da die schöne Welt für uns begann... 19.30 Kunsthalle
 Mi, 10.6. Sowjetische Volksmusik 20.00
 Do, 11.6. An Tage, da die schöne Welt für uns begann... 19.30 Kunsthalle
 Fr, 12.6. An Tage, da die schöne Welt für uns begann... 19.30
 Sa, 13.6. Zufällig eine Frau: Elisabeth 20.00
 So, 14.6. Zufällig eine Frau: Elisabeth 20.00
 Mo, 15.6. Zufällig ein Frau: Elisabeth 20.00
 Di, 16.6. Zufällig eine Frau: Elisabeth 20.00

Ruhrfestspielhaus

Mo, 1.6. Faust I 19.30
 Di, 2.6. Faust I 19.30
 Mi, 3.6. Faust I 19.30
 Do, 4.6. Faust I 19.30
 Do, 4.6. Seelenarbeit 20.00
 Fr, 5.6. Neues vom Tage 20.00
 Fr, 5.6. Seelenarbeit 20.00
 Sa, 6.6. Der Päckesel 19.30
 So, 7.6. Der Päckesel 19.30
 Mi, 10.6. Festkonzert 20.00
 Fr, 12.6. Gala-Abend der Sowjet. Kulturtage 19.30
 So, 14.6. Faust I 19.30

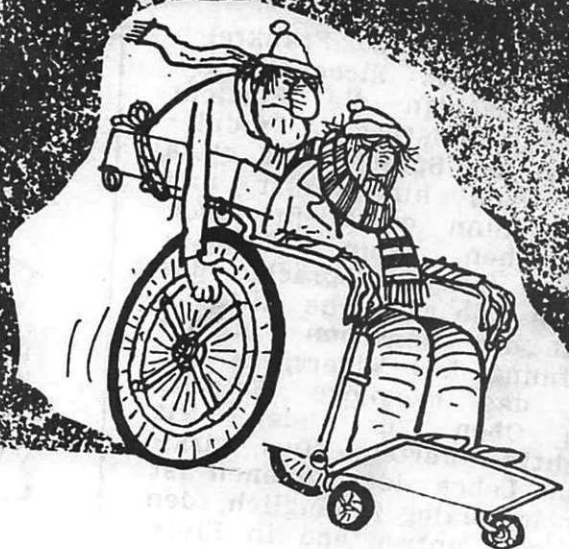
Fr, 26.6. Schrei der Sonne, Tränen des Mondes 20.00
 so lautet der Titel des Theaterstücks, das den Zuschauer durch die letzten 500 Jahre lateinamerikanischer Geschichte führt. Ihm begegnet immer wieder der Tod mit seinen verschiedenen Gesichtern. Dieser Tod steht im lateinamerikanischen Theater als Symbolfigur für Unterdrückung und Herrschaft. Aber auch der Gegenspieler des Todes, das Leben als Symbol für Hoffnung und Befreiung taucht in der Figur des Campinos auf. - Dieses Bewegungstheater, das auf Worte und Fakten weitgehend verzichten kann, entstand während eines längeren Nicaraguafahrt Aufenthaltes Rudi Rhodes und wurde dort auf einer Tournee mit großem Erfolg aufgeführt. Eine Veranstaltung des Förderkreises Recklinghausen-Sebaco.

Volkshochschule RE

Sa, 4.7. Wochenendsminar zum Thema Aids 15.00
 Das Seminar richtet sich vorwiegend an Jugendliche und junge Erwachsene. Wir wollen mit euch über verschiedene diskutieren u.a., was ist Aids, Ursprung des Aids-auslösenden Virus, Aids am Arbeitsplatz, Umgang mit Aids-Infizierten und unschwerpunktartig unter gesellschaftskritischen Aspekten mit dem Thema auseinandersetzen.
 Leitung: Gabi Bultmann, Reiner Krämer. Die Teilnahme ist kostenlos (Samstag bis 18 Uhr, Sonntag 10-17 Uhr), VHS-Haus, Herzogswall 17.

Musik

Pringsten findet wieder das "Mullshit-Festival" statt. Nähere Angaben lagen zu Redaktionsschluß jedoch noch nicht vor.
 Sa, 27.6. Rock auf der Wiese 14.00
 u.a. mit Ferry Boat Bill und die Hipsters. Neben dem Konzert ist ein Medien-Mark geplant. Es können Comics, Zeitschriften, Schallplatten, Instrumente, Clips und Chips verkauft und getauscht werden. Neben privaten Anbietern sind auch Vertreter von Szene-Zeitschriften Labels angesprochen. Eintritt frei, Ort: Katzenbusch, Herner Str. in Herten-Süd (Kontakt Ulli Stromberg, Tel. 02366/33055)



FESTE TERMINE

Montag

- 19.00 Frauennotruf
Tel. 15457 (bis 22.00)
- 19.00 Redaktionssitzung der "Antifaz", Autonomes Zentrum "Krim"
- 19.30 Öffentl. Ausschusssitzung i.d. Altstadtschmiede
- 13.00 Bürozeiten der bis Volkszählungsini
14.00 Sammlung der Bögen; und montags bis freitags
18.00 bis 20.00
Münsterstr.2a

- 19.30 Chor der Recklinghäuser Gewerkschafter Musikschule, Im Rom
- 20.00 Redaktionssitzung des "Fachwerk", Ökumeni-Ökumenisches Zentrum, Nordseestr.
- 20.00 DIE GRÜNEN (Plenum) Herner Str. 43

Dienstag

- 16.00 Öffentlichkeitsarbeitsgruppe d. Altstadtschmiede
- 19.30 DIE GRÜNEN/Kaffee + Tee - Diskussionsrunde Herner Str. 43
- 20.00 DFI-Gruppentreffen Am Lohtor 1
- 20.00 DIE GRÜNEN, AG Umwelt, Herner Str.43.
- 20.00 Treff junger Frauen Frauenzentrum
- 20.00 Plenum für alle Frauen der Initiativen und Einzelfrauen im Frauenzentrum jeden 2. Dienstag i.M.

Mittwoch

- 18.30 Attatroll Buchladen, Gruppentreffen
- 19.00 Antifaschistisches Forum, jeden 1. Mitt- im M., Heinrich-Pardon-Haus
- 20.00 DFG/VK, jeden 2. Mi. i.M.; Heinrich-Pardon-Haus
- 20.00 I.G.Dritte Welt (Städtepartnerschafts-Initiative Recklinghausen-Sebaco) Heinrich-Pardon-Haus
- 20.00 Die Grünen Fraktionsitzung Herner Str. 43
- 20.00 BI Atom-Stopp Autonomes Zentrum "Krim"
- 20.00 Antifaschister Bund Altstadtschmiede

Donnerstag

- 17.00 Kulturgruppe/Programmerstellung d. Altstadtschmiede
- 19.00 Lesbengruppe Frauenzentrum
- 19.00 Frauennotruf Tel. 15457 bis 22.00
- 20.00 Sitzung der Frauennotrufgruppe Frauenzentrum
- 20.00 Amnesty International, ab 4.6. alle 14 Tage Paulushaus a.d. Pauluskirche
- 20.00 "Muttermilch ein Menschenrecht e.V. jeden 1.Do. i.M. Autonomes Zentrum "Krim"

- 20.00 Jazzinitiative Altstadtschmiede

Freitag

- 18.30 Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit, Heinrich-Pardon-Haus
- 18.30 HOLZWURM Öffentliche Redaktionssitzung
- 20.00 Volkszählungsboykottgruppe (Vobo) Münsterstraße 2a
- 20.00 Beratung von Kriegsdienstverweigerern, jeden 1.+ 3. Freitag im Monat Heinrich-Pardon-Haus
- 20.00 Friedensinitiative Quellberg/Ost Gaststätte Alt Hillen
- 20.00 Friedensinitiative West Gaststätte Pauluseck

ADRESSEN

- Allgemeine Vereinigung Arbeitssuchender (AVA) RE, Hartinistr.36 02361/182114
- Altstadtschmiede Soziokulturelles Zentrum, Kellerstr.10 (wird z.Z. umgebaut) Kontakt: 02361/21212
- Amnesty International c/o Dorothe LÜke, RE, Nordseestr. 33, 02361/498432
- Antifaschistischer Bund (AFB) Falko Wieneke, RE, Herner Str. 8 02361/27302
- Arbeitslosenzentrum RE-Süd, Pavillion am Sportplatz Sauerbruchstr. Mo-Fr 9-17 Uhr 02361/61115
- Attatroll Buchladen Herner Str.16 02361/17002
- Autonomes Zentrum "Krim", Münsterstr.2a 02361/15698

Baukollektiv
Ulmenstr.17, RE, 02361/36774

Begegnungs- und Beratungszentrum, Bochumer Str. 02361/33683

Bürgerinitiative "Atom-Stopp" c/o Ulrike Waterkamp, Kirchplatz 3 4350 Recklinghausen

Christliche Arbeiter-Jugend (CAJ), Kennastr. 7 02361/21073

Demokratische Fraueninitiative (DFI), c/o Waltraud Weber, RE Hillen 15, 02361/47697

Deutsch-Türkischer-Verein, RE, Am Steintor 5, 02361/17483

Deutsche Kommunistische Partei, RE, Wiener Str. 02361/31437

Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK) c/o Jürgen Pawlik, Sedanstr. 16 Tel. 61143

DGB-Kreisjugendausschub RE, Dorstener Str. 27a, 02361/21040

Drogenberatung (DROB) RE, Hochlarmarkstr. 72 02361/36022

Fachwerk Stadtteilzeitung, Nordseestr. 104

Fahrradladen 80, Herner Str. 119, 0234/582826

Familienbildungsstätte RE, Kennastr.23a 02361/22551

Frauenzentrum, RE, Am Lohtor 1, 02361/15457

Freie Arbeiter Union Postlagerkarte 064121A RE

Friedensinitiative Nord c/o Rüdiger Mack, Börster weg 60B 02361/ 182214

Friedensinitiative Quellberg/Ost c/o Vitus Lersch, RE, Nordseestr. 114, 02361/492083

Friedensinitiative Süd c/o Albrecht Weidling, RE, Neustr. 51, 02361/67020

Friedensinitiative West c/o Jürgen Flüchter, RE, Milchpfad 26, 02361/182723

Gleichstellungsbeauftragte Tella Kitschke, RE, Stadthaus, Eingang C, Zi. 6 (di-fr 8.30 bis 12.30) 02361/587833

DIE GRÜNEN, Fraktion Rathaus, Zimmer 117 Mo-Fr 9-13 Uhr, 02361/587462

DIE GRÜNEN, Stadtverband Herner Str. 43 02361/181241

Heinrich-Pardon-Haus Jugendzentrum, Wichernstr. 4, 02361/44666

HOLZWURM Zeitschrift für Recklinghausen und Umgebung, Münsterstr. 2a, 02361/15698

"Grauzone" Cafe-Kneipe Orweg 53

Informationszentrum für Umwelt- und Naturschutz Dortmund Str. 262 02361/492696

Initiativgruppe 3.Welt c/o Gisela Schröder 02361/28549

Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit Martin Upphof, Ginsterweg 4, 4370 Marl-Sinsen 02365/84927

Jugendzentrum Marienstr. RE, Marienstr. 2 02361/362090

Junges Forum Ruhrfestspielhaus, 02361/15521

Jungsozialisten RE, Paulusstr.45 02361/29329

MLPD c/o Christoph Klug RE, Schützenstr. 16

"Muttermilch - ein Menschenrecht e.V. c/o Annette Holt-Hausen, Westerholter Weg 16 02361/31292

Netzwerk Ruhr-Ost c/o Geschichtswerkstatt, Am Ölpad 27, 46 Dortmund Hörde, Tel. 0231/462242 - Regionalkontakt: Norbert, Tel. 02361/182085

Pro Familia Beratungsstelle, RE, Springstr.11 02361/26701

Rote Hilfe Deutschland c/o Almath Euler, RE, Immenkamp 21 02361/12657

Selbstorganisation der Zivildienstleistenden c/o Michael Bodin, Joh.-Sebastian-Bach-Str. 26, RE 02361/14783

Sozialistische Deutsche Arbeiter Jugend (SDAJ) c/o Gitti Jüsten, RE, Marienstr. 73, 02361/61484

Sonnenblume Naturkostladen, Springstr., 02361/13927

Theater im Depot RE, Castroper Str. 23

Türkischer Arbeiterverein RE, Marienstr. 4, 02361/62564

Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Dortmund Str.11, RE 02361/22551

Verbraucherberatung RE, Breite Str. 11 02361/24101

Volkshochschule, RE, Herzogswall 17, 02361/587383

Volkszählungsboykottgruppe c/o Autonomes Zentrum, RE, Münsterstr. 2a

Wurzel Naturkostladen König-Ludwig-Str. 24, 02361/32531

Bitte Änderungen sofort an uns weitergeben. Telefon: 15698 Stand: 16.5.87

Spendenaufruf

Am 12. Mai wurden die Redaktionsräume der Stadtzeitschrift 'Holzwurm', der "Ziegelbrenner" Verlagsgesellschaft und des "Autonomen Zentrums" in den Abendstunden polizeilich durchsucht. Der Durchsuchungsbeschuß lautete auf die Räumlichkeiten der Volkszählungsboykott-Initiative im Autonomen Zentrum und die Durchsuchung fand in Abwesenheit der Mieter statt.

Es wurden entgegen dem Durchsuchungsbeschuß alle Räume durchsucht, teilweise aufgebrochen und aus allen Räumen Unterlagen mitgenommen. So zum Beispiel die Restauflage der Mai-Ausgabe des 'Holzwurm', mehrere Tausend Informationsblätter, Filme, Druckvorlagen und weitere Redaktionsunterlagen. Nicht mitgenommen, aber belichtet wurde Filmmaterial im Wert von mehreren hundert Mark. Die Beschlagnahme war durch den Durchsuchungsbeschuß nicht gedeckt und damit rechtswidrig.

Wir protestieren entschieden gegen diese Übergriffe, die das Recht auf Pressefreiheit beschneiden. Eine Beschwerde bei der Staatsanwaltschaft wurde unverzüglich eingeleitet.

*Diese staatlichen Repressionen treffen eine Zeitung, die von ehrenamtlich und unentgeltlich tätigen Mitarbeitern/innen getragen wird. Der 'Holzwurm' veröffentlicht unabhängig von Anzeigenkunden, politischen Parteien oder sonstigen Gruppen und versteht sich als Teil einer demokratischen Gegenöffentlichkeit.

Außerdem stellt der 'Holzwurm' die Räumlichkeiten des "Autonomen Zentrums" Kindergruppen, Musikern und Bürgerinitiativen (wie z.B. auch der Volkszählungsboykott-Initiative) zur Verfügung.

In dieser Situation, in der versucht wird, unsere Arbeit zu kriminalisieren, sind wir ganz besonders auf die Solidarität all derjenigen angewiesen, die eine Existenz einer unabhängigen Stadtzeitschrift für wichtig halten und die staatlichen Zensurversuche mißbilligen.

Unterstützen Sie deshalb den 'Holzwurm' mit einer Solidaritätsspende!

KONTAKT: Redaktion Holzwurm, Münsterstr. 2a, 4350 Recklinghausen

SPENDENKONTO: Förderkreis Recklinghäuser Initiativen
Nr. 100 60 40 000 (BLZ 426 101 12)

Solidaritätsfete!

MIT

Rockband
EPHRON

Theatergruppe
Die Schibulskis



am: 27.6.87

um: 19.00 Uhr

in der

ALTSTADTSCHMIEDE

